

FDP
Die Liberalen



SOLOTHURNER FREISINN

Solothurn	2/3/4	Page Romande	10	Seite der Präsidentin	18	Digitalisierung Schule	20
Neue Präsidentin FDP Frauen	6	Rückblick DV Freiburg	12/13	Buch «Die Durcheinanderwelt»	19	Tag der FDP 2017	24

24. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn

Inhalt

Neue Gesichter

In der freisinnigen Kantonsratsfraktion haben sechs neue Mitglieder Platz genommen. Wer sind sie und wo liegen ihre politischen Schwerpunkte?

Seite 3

Wir bestellen

Was haben Stopfleber und Steuersatz miteinander zu tun? Unser Kolumnist erklärt es.

Seite 4

Militär attraktiver gestalten

Der Milizgedanke sichert die enge Verbindung zwischen Gesellschaft und Armee und stärkt den nationalen Zusammenhalt. Zumal die Basis jedoch zunehmend erodiert, plädiert Nationalrat Marcel Dobler dafür, dass neue Modelle erdacht werden müssen, um den Militärdienst attraktiver zu gestalten.

Seite 11

Energiestrategie 2050

Die Schweizer Stimmbevölkerung wird am 21. Mai über das neue Energiegesetz abstimmen. Die Vorlage enthält positive wie negative Aspekte. FDP.Die Liberalen hat sich vor einer kritischen Debatte nicht gescheut und nach intensiven internen Diskussionen schliesslich die Ja-Parole gefasst, weil für die Mehrheit die positiven Aspekte überwiegen.

Seiten 14 und 15

Regierungsratswahlen 2017

Analyse der Wahlniederlage

Charlie Schmid,
Parteisekretär, Solothurn

Für die Solothurner FDP wird der 23. April 2017 als rabenschwarzer Wahlsonntag in die Geschichte eingehen. Nach dem Verlust des Ständeratssitzes 2011 musste innert weniger Jahre nun auch ein Regierungsmandat abgegeben werden. Die wählerstärkste Partei des Kantons verfügt mit Regierungsrat Remo Ankli und Nationalrat Kurt Fluri somit nur noch über zwei kantonale Spitzenmandate. Den Niederlagen von 2011 und 2017 ist sicherlich die innere Uneinigkeit der Partei gemein. Es gibt nach einer ersten Auslegeordnung viele Gründe, die zum Scheitern führten – extern wie intern.

Intern

1. Die FDP schafft es nicht, geschlossen aufzutreten. Rückblende: Am 24. August 2016 standen den 245 Delegierten fünf Personen für die Regierungsratskandidatur zur Auswahl. Allen fünf wurde attestiert, die Eignung für ein Regierungsamt mitzubringen. Wen man im Vorfeld auch fragte: Das Rennen war völlig offen. In einer knappen Stichwahl setzte sich schliesslich Marianne Meister gegen Anita Panzer mit 120 zu 114 Stimmen durch. Im Anschluss an die Versammlung wurden aus dem Lager der Unter-



Trotz tatkräftiger Unterstützung von Petra Gössi und Kurt Fluri hatte Marianne Meister bei den Regierungsratswahlen das Nachsehen.

legenen Zweifel an der nominierten Kandidatin geäussert. Diese Einstellung war fahrlässig. Keine Partei kann sich so etwas erlauben. Egal, wer nominiert wird: Die Freisinnigen müssen lernen, demokratisch gefällte Entscheide zu akzeptieren. Wenn die eigenen Kandidaten nicht bedingungslos von der Basis getragen werden, werden sie immer verlieren. Dennoch gilt es zu klären, welchen «Wert» Entscheide von Delegiertenversammlungen noch haben, wie eine Nomination breiter abgestützt werden kann und wie durch eine frühzeitige und

gute Personalplanung Kandidaten portiert werden können, die breiter abgestützt sind.

2. Die FDP hat sich nach dem ersten Wahlgang zu fest in Sicherheit gewiegt. Marianne Meister lag nach dem ersten Wahlgang 1201 Stimmen hinter dem fünften Platz. Der Parteivorstand hatte dieses Resultat als «gut genug» eingeschätzt, um noch einmal mit Meister anzutreten. Er verwies dabei auf die Wahlen von 2005, als es gelang, mit Esther Gassler einen ähn-

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

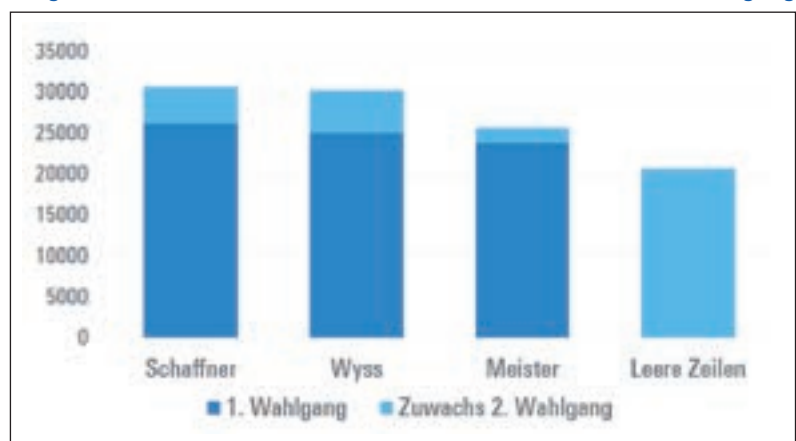
lich grossen Rückstand noch wettzumachen. Der Vorstand erachtete es als zu riskant, einen Kandidatenwechsel ins Auge zu fassen. Ein solches Manöver hätte die Partei erst recht auseinanderdividiert. Ein Wahlerfolg wäre aber gleichwohl nicht garantiert gewesen und hätte unter Umständen nebst Marianne Meister auch einer neuen Person geschadet. Die Delegierten sahen dies ebenso und hieften Meister nochmals auf den Schild. Die Kritiker wollten sich nicht äussern. Möglicherweise hätte schon das schlechte Abschneiden Meisters bei den Ständeratswahlen 2015 ein stärkeres Warnsignal sein sollen. Trotzdem: Die Zahlen belegen, dass das Rennen im zweiten und nicht im ersten Wahlgang verloren ging.

3. Problem in den Städten und Agglomerationen. Der FDP fehlt vor allem in den grossen Agglomerationsgemeinden ein starker Rückhalt durch starke Ortsparteien. Sie ist dort am schwächsten, wo die meisten Leute wohnen. Die Städte folgen dem Trend nach links und werden zunehmend von Rot-Grün dominiert. Die FDP braucht ein überzeugendes urbanes Programm und eine breitere Basis, wenn sie dieser Entwicklung Einhalt gebieten will. Sie muss sich vermehrt auch auf die Zentren konzentrieren.

4. Kandidatin hat die breite Öffentlichkeit nicht überzeugt. Marianne Meister wurde trotz ihres bemerkenswerten Leistungsausweises von vielen Seiten zu wenig Führungskompetenz und Strahlkraft attestiert. Die Nähe zur Wirtschaft erwies sich als Nachteil, ebenso ihr nichtakademischer Hintergrund. Mit ihren Voten vermochte es Meister ganz offenbar zu wenig, die breite Wählerschaft zu überzeugen.

Was ist Ihre Meinung zur Wahl-niederlage vom 23. April? Schreiben Sie uns Ihre Gedanken:
info@fdp-so.ch
 oder FDP.Die Liberalen
 Kanton Solothurn
 Postfach 554, 4502 Solothurn

Vergleich der Stimmzahlen zwischen erstem zum zweitem Wahlgang



Während FDP-Kandidatin Meister im ersten Wahlgang stimmenmässig noch mithalten konnte, wurde sie im zweiten Wahlgang abgehängt. Die leeren Zeilen traten nachweislich vor allem auf Wahlzetteln mit Meisters Namen auf.

5. Fehlende Heimmacht. Marianne Meister erlitt im oberen Kantonsteil und vor allem in ihrer Heimat Bucheggberg-Wasseramt eine Abfuhr. Im Bezirk Bucheggberg war ihr Rückhalt erschreckend klein. In sämtlichen Gemeinden des Bezirks Wasseramt wurde sie im 2. Wahlgang gar auf den letzten Platz verwiesen. Ohne eine starke Basis in der eigenen Wohnregion sind Wahlen nicht zu gewinnen.

Extern

1. Starke Konkurrenz von dritter Seite. Mit Brigit Wyss (Grüne) stand eine Kandidatin zur Wahl, die trotz ihrer dezidiert linken Positionierung weit ins bürgerliche Lager Stimmen zu holen vermochte. Schon 2011 gewann mit Pirmin Bischof (CVP) eine Person, der in der Öffentlichkeit eine grössere Ausstrahlung attestiert wurde als FDP-Kandidat Kurt Fluri. Nicht nur der Inhalt zählt; die Verpackung eben auch. So wurde über Marianne Meisters Frisur gelästert statt über ihre Werte diskutiert. Rational ist dieses Verhalten nicht. Aber auch 2017 gilt: Die Verpackung ist mitentscheidend, um gewählt zu werden.

2. Mangelnde Mobilisierung. Eine Wahlbeteiligung von 30 Prozent ist völlig ungenügend. Sie lässt vermuten, dass die Bürgerlichen sehr schlecht mobilisiert haben. Das war schon im ersten Wahlgang so. Vielen Leuten ist die politische Ausrichtung dieses Kantons relativ egal. Oft wird dieses Problem als Wohlstandser-

scheinung bezeichnet. Den Nichtwählern muss stärker ins Bewusstsein gerufen werden, dass sie diesen Wohlstand zu grossen Teilen der liberalen Politik zu verdanken haben. Es ist zu hoffen, dass die nach links gerutschte Regierung nicht vom pragmatischen Solothurner Weg abkehrt.

3. Fehlende Geschlossenheit der Bürgerlichen. Es geht weniger um offizielle Parteiparolen als um die Einstellung der bürgerlichen Basis. Der politische Gegner sitzt eigentlich links. Die SVP war jedoch immer noch verstimmt über die Haltung des Freisinns bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Zur Erinnerung: Bei der Bekanntgabe seiner Kandidatur im Juni 2016 kündigte SVP-Mann Manfred Küng an, den zweiten FDP-Sitz angreifen zu wollen. Kurz darauf unterstützte die FDP-Fraktion im Kantonsrat trotzdem die SVP-Kandidaturen bei diversen Richterwahlen. Honoriert wurde dies nicht. Die CVP rang sich nicht zu einer Unterstützung durch, weil ihr die FDP-Kandidatin zu weit rechts stand. So kann eine bürgerliche Zusammenarbeit natürlich nicht funktionieren. Das bürgerliche Lager ist zerstrittener und zersplitterter denn je. Die FDP muss inskünftig stärker eine Scharnierfunktion einnehmen. Alleine bringt sie ihre Kandidaten nicht mehr durch. Die Linken haben hingegen durch Geschlossenheit ihr Powerplay perfekt aufgezogen.

4. Hetzkampagne der «Solothurner Zeitung». Die «Solothurner Zei-

tung» und ihr Chefredaktor haben sich nicht als neutraler und kritischer Berichterstatter verhalten, sondern sich als eigene Partei aktiv am Wahlkampf beteiligt. Marianne Meister und die FDP wurden systematisch desavouiert. Höhepunkt war die Unterstellung, die FDP würde sich mit schriftlichen Abmachungen zu Listenverbindungen der SVP andienen. Logischerweise konnte die SZ nie einen Beweis für diese Unterstellung vorlegen. Damit war aber die Wählerschaft zusätzlich verunsichert. Auf eine kritische Würdigung der SP- und Grünen-Kandidatinnen wartete man jedoch vergebens. Über die Gründe für diese Kampagne kann man nur spekulieren.

Fazit

Die FDP ist nun gefordert, die Erkenntnisse aus den Wahlen 2017 sauber und seriös aufzuarbeiten. Nicht alles ist so schlecht, wie es nun scheinen mag: Die FDP bleibt auch 2017 stärkste Partei des Kantons und stellt mit 26 Mandaten weiterhin die grösste Fraktion. In den Gemeinden sind es weiterhin die Freisinnigen, die in grossem Masse Verantwortung für die Gemeinschaft übernehmen. Das wird auch nach den diesjährigen Kommunalwahlen so sein.

Jedoch ist eines klar: Die Solothurner FDP muss inskünftig viel stärker zu einer eingeschworenen Gemeinschaft, zu einem Team, zusammenwachsen. Die Voraussetzungen dafür sind gut, denn es gibt im Freisinn viele neue, motivierte und engagierte Persönlichkeiten, die das liberale Feuer in sich tragen. Besitzstandwahrer, Trittbrettfahrer, Egoisten und Profiteure dürfen hingegen keinen Platz haben. Auch persönliche Fehden und elitäres Gehabe sollten endlich der Vergangenheit angehören.

Die FDP muss vom Wettbewerb der Ideen, von der offenen und ehrlichen Debatte und vom Dialog mit der Bevölkerung leben. Einmal gefällte Entschiede sollten jedoch mit Überzeugung und Herzblut gegen aussen vertreten werden, schliesslich steht das «D» im Parteinamen für demokratisch! Wenn die Niederlage vom 23. April nötig war, um dieses Bewusstsein wachzurütteln, dann hat sie auch ihr Gutes.

Kantonsratswahlen

Sechs Neue in der Fraktion

Bei den Kantonsratswahlen vom 12. März 2017 hiess das Resultat für die FDP «Halten auf hohem Niveau». Mit 24,6 Prozent bleiben die Freisinnigen stärkste Partei. Einem knappen

Sitzverlust in Olten-Gösgen steht ein Mandatsgewinn in Bucheggberg-Waseramt gegenüber. Grosse Enttäuschung löste die Abwahl des engagierten Vizefraktionschefs Peter Brügger

(Langendorf) aus. Die FDP wünscht ihm für seinen politischen Ruhestand alles Gute und dankt ihm herzlich für seine grossartigen Verdienste für den Kanton und den Freisinn. Insgesamt

zählt die FDP-Fraktion nun sechs neue Gesichter. An dieser Stelle seien diese kurz vorgestellt.

Daniel Cartier



Wohnort: Gretzenbach
Alter: 50

Zivilstand: verheiratet, 3 Kinder

Beruf: Sekundarlehrer, Gemeindepräsident

Ausbildung: Bezirkslehrer phil. II

Hobbys/Freizeit: Haus und Garten, Lesen, Wandern

Meine politischen Ziele und Anliegen im Kantonsrat: Die gute Zusammenarbeit von Kanton und Gemeinden soll erhalten und wo nötig intensiviert werden, auch auf Verwaltungsebene. Ich setze mich ein für eine liberale Grundhaltung in Wirtschaft und Gesellschaft: Regelungen und Gesetze nur dort, wo es sie wirklich braucht. Zudem soll die Verwaltung nahe beim Bürger sein: Gespräche sind wichtiger als Formulare.

Michael Kumpli



Wohnort: Subingen
Alter: 37

Zivilstand: verheiratet, 2 Kinder

Beruf: Leiter Administration Rindlisbacher AG

Ausbildung: Kaufmann, Einkaufsfachmann eid. FA, Personalassistent eid. Zertifikat

Hobbys/Freizeit: Politik, Vereins-/Verbandsarbeit, Speakern

Meine politischen Ziele und Anliegen im Kantonsrat: Ich setze mich ein für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Wirtschaft kann nicht (mehr) auf gut ausgebildete Mütter und Väter verzichten. Ich will mithelfen, die Rahmenbedingungen für Unternehmen, insbesondere auch für KMU, zu verbessern. Wichtig ist mir, das Bildungssystem weiterzuentwickeln (Lehrplan 21, Digitalisierung). Wichtig ist mir auch, dass wir über Bildung die Integration stärken.

Barbara Leibundgut



Wohnort: Bettlach
Alter: 54

Zivilstand: verheiratet, 3 Kinder

Beruf: Gemeindepräsidentin

Ausbildung: Kauffrau, Hauswirtschaftslehrerin, Schulleiterin

Hobbys/Freizeit: Lesen, Reisen, Segeln

Meine politischen Ziele und Anliegen im Kantonsrat: Als Gemeindepräsidentin bin ich bei der Umsetzung der kantonalen Beschlüsse in den meisten Bereichen gefordert. Sicher bildet Bildungspolitik für mich einen Schwerpunkt – das ist eine Herzensangelegenheit. Als Mitglied der SO-GEKO werde ich mich insbesondere für tragbare Lösungen im Altersbereich sowie für die familienexterne Kinderbetreuung einsetzen. Dabei sind mir schlanke Lösungen zum Wohl der Einwohnerinnen und Einwohner wichtig.

Georg Lindemann



Wohnort: Wolfwil
Alter: 49

Zivilstand: verheiratet, 2 Kinder

Beruf: Geschäftsführer Auto Lindemann AG, Gemeindepräsident

Ausbildung: Automechaniker, eid. dipl. Automobilverkäufer

Hobbys/Freizeit: Turnverein Wolfwil, Musik, Joggen

Meine politischen Ziele und Anliegen im Kantonsrat: Mein Ziel? Einen Anteil dazu leisten, dass die künftigen Projekte und Geschäfte im Kantonsrat zu vernünftigen Konditionen abgeschlossen werden. Meinen Weg dorthin nehme ich so wichtig wie das Ziel, dann macht die Reise Sinn, nicht nur das Ankommen.

Simon Michel



Wohnort: Solothurn
Alter: 40

Zivilstand: verheiratet, 2 Kinder

Beruf: Unternehmer, CEO Ypsomed Gruppe
Ausbildung: lic. oec. HSG

Hobbys/Freizeit: Zeit mit der Familie, Garten, Imkerei, Reisen, Maj Inf Br 2

Meine politischen Ziele und Anliegen im Kantonsrat: Meine übergeordneten politischen Schwerpunkte sind die Arbeitsplatzsicherheit, die Altersvorsorge und das Asylwesen. Wir brauchen ein Umfeld und Rahmenbedingungen, in denen neue Stellen geschaffen und nicht vernichtet werden. Als Kantonsrat setze ich mich zudem für niedrigere Steuern für Privatpersonen und Unternehmen ein. Dies bedingt eine kritische Prüfung aller Ausgaben und Vorhaben.

Christian Scheuermeyer



Wohnort: Deitingen
Alter: 47

Zivilstand: verheiratet, 2 Kinder

Beruf: Geschäftsführer
Ausbildung: Gärtner, dipl. Florist, eidg. dipl. Betriebswirtschaftler

Hobbys/Freizeit: Politik, Jassen, Diskussionsrunden

Meine politischen Ziele und Anliegen im Kantonsrat: Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt sind meine politische Leitschnur. Ich will mich für eine liberale Gesellschaft, welche auf Eigenverantwortung basiert, und einen starken Wirtschaftsstandort, der auf attraktiven Rahmenbedingungen abstützt, engagiert einsetzen. Darum werde ich mit Nachdruck die Vorlagen im Kantonsrat und als Mitglied der Finanzkommission auf ihre Relevanz, die Kostenfolgen und ihre Wirksamkeit kritisch prüfen und konstruktiv mitgestalten.

Kolumne

Wir bestellen ...

Urs Marti, Langendorf

«Er isst gerne gut.» Und er isst – oh Schreck! – in Strassburg gerne Foie gras – Stopfleber. Die Rede ist von Martin Schulz. Er ist der neue Messias der SPD Deutschlands und treibt (wenigstens einstweilen noch) die Meinungsumfragewerte zugunsten seiner Partei in die Höhe. Dass Schulz in der europäischen Metropole schlemmt, nehmen ihm aber Wähler, vor allem diejenigen, die ihn nicht wählen wollen, übel. Man muss nicht unbedingt dunkelgrün sein, um es abscheulich zu finden, wie Enten oder Gänsen bis zu viermal am Tag durch ein Rohr Maisbrei in den Magen «gestopft» wird, damit sich innert weniger Wochen ihre Lebern um ein Vielfaches vergrössern. In Frankreich sieht man das allerdings anders. Aber wollen wir nun tatsächlich Kandidatinnen und Kandidaten, die sich um ein Amt bewerben, ins Bierglas oder auf den Teller schauen, um zu beurteilen, ob sie valabel sind?

Entscheidend muss vielmehr sein, welche politische Grundhaltung sie vertreten. Deutschland macht derzeit in seinem Haushalt hohe Überschüsse, bittet seine Bürger aber auch kräftig zur Kasse. Fragen, ob da nicht Entlastungen angezeigt wären, weicht Martin Schulz aus. Im Gegenteil präsentiert er ein Programm mit «Gratisbildung» von der Kita bis zum Universitätsabschluss, also für noch mehr staatliche Ausgaben. Schulz ist damit ein typischer Vertreter der heutigen Sozialdemokraten. Die Linke hat sich schon längst vom Image einer Arbeiterpartei verabschiedet. Arbeiter wählen in der Schweiz heute SVP. Die SP ist dagegen zu einer Partei des gehobenen und gebildeten Mittelstands mutiert. Obwohl man es sich zwar selber leisten könnte, wird alles und jedes vom Staat verlangt. Die Stadt Solothurn präsentiert für 2016 einen Rechnungsüberschuss von 8 Millionen Franken. Eine Steuer-senkung ist dagegen für Rot-Grün tabu. Oder Langendorfs SP-Gemeindepräsident verkündet unverhohlen: «Der Steuerfuss darf nicht das Mass



aller Dinge sein.» Sozialdemokraten leben nach dem Motto: wir bestellen, die andern zahlen. Das gilt es vor allem mit Blick auf die im Mai und Juli fälligen kommunalen Erneuerungswahlen zu bedenken.

Sympathien hin oder her. Man sollte bei den Gemeinderatswahlen und auch bei den Wahlen für die Gemeindepräsidenten keine Stimmen an den politischen Gegner verschenken, denn der Gegner, das zeigen die Regierungsratswahlen, schenkt dem Freisinn auch nichts. Und noch etwas: Wer Linke und Grüne wählt, darf sich nachher nicht beklagen, wenn der Steuersatz steigt.

Amteipartei Dorneck-Thierstein

Führungswechsel

Anfang Jahr hat Hanspeter Stebler (Nunningen) das Präsidium der FDP Dorneck-Thierstein an Kantonsrat Mark Winkler (Witterswil) abgegeben. Stebler war seit 1998 Präsident der Thiersteiner Bezirkspartei und ab 2007 erster Präsident der fusionierten Amteipartei. Hanspeter Stebler gehört zu den aktivsten Solothurner Freisinnigen der letzten Jahre. Er gehörte von 1997 bis 2006 dem Kantonsrat an. Von 2003 bis 2009 war er Vizepräsident der Kantonalpartei. Stebler bleibt der FDP als nationaler Delegierter aber weiter-



Hanspeter Stebler



Mark Winkler

hin erhalten. Die FDP dankt Hanspeter Stebler herzlich für seine Verdienste und wünscht seinem Nachfolger viel Erfolg und Freude im neuen Amt.

Parolen für die Abstimmungen vom 21. Mai 2016

NEIN zum Energiegesetz (121 zu 16 Stimmen)

NEIN zur Volksinitiative «Ja zu einer guten Volksschule ohne Lehrplan 21» (einstimmig)

Veranstaltungen

Mai 2017

Mi	10.	13.00 Uhr	Fraktionsausflug (Bezirk Dorneck)
Mi	17.	19.00 Uhr	Partei Vorstand (Rössli, Oensingen)
So	21.		Eidg. und kantonaler Abstimmungssonntag

Juni 2017

Di	6.	19.00 Uhr	Juni-Anlass FDP Olten-West mit Dr. Markus Seiler, Chef Nachrichtendienst des Bundes, und Brigadier Alain Vuitel, Chef Militärischer Nachrichtendienst (MZH Rickenbach)
Do	29.	19.30 Uhr	Club FDP 2000: Parlamentariergespräch (Eintracht, Kestenholz)

August 2017

Do	24.	15.00 Uhr	Jahreszusammenkunft Vereinigung freisinnig-jungliberaler alt Kantonsrätinnen und alt Kantonsräte (Bezirk Solothurn)
Di	29.	19.30 Uhr	Kant. Delegiertenversammlung (Bezirk Thal)

September 2017

Sa	2.	10.00 Uhr	Tag der FDP Schweiz (Neuenburg)
Di	5.	19.00 Uhr	Partei Vorstand (Von Arx, Egerkingen)
Mi	20.	16.15 Uhr	Club FDP 2000: Betriebsbesichtigung (Bandfabrik Breitenbach)

Den Jahresterminkalender und Infos zu weiteren Anlässen finden Sie unter: www.fdp-so.ch/events

Kongress

Erfolgreicher Kongress der Jungfreisinnigen

Vom 31. März bis 2. April fand in Lausanne der Kongress der Jungfreisinnigen Schweiz statt. Unter dem Motto «Öffnung anstelle von Abschottung» diskutierten fast 200 Jungfreisinnige aus dem ganzen Land über die Beziehungen zwischen der Schweiz und Europa, das neue Energiegesetz oder die Digitalisierung. Zudem wurden Jill Nussbaumer (ZG) und Louise Morand (GE) neu in den Vorstand gewählt.

Maja Freiermuth, Generalsekretärin Jungfreisinnige

«Lasst uns offen sein gegenüber den Herausforderungen und Aufgaben, die auf uns zukommen, und lasst uns zusammen das Beste daraus machen. Das Beste für uns, die Jungfreisinnigen, die freisinnige Familie und die FDP. Denn ohne uns fehlt dem Freisinn seine Ausbildungsstätte und liberale Speerspitze und vielen von uns ein zweites Zuhause.» Dieses Statement findet man in der Ansprache des Präsidenten der Jungfreisinnigen, Andri Silberschmidt, an die anwesenden Jungfreisinnigen am diesjährigen Kongress. Kurz zuvor hatte Rasoul Jalali (General Manager Uber CH/AU/DE) sein Wort an die Anwesenden gerichtet und einige dieser Herausforderungen im Hinblick auf die Veränderungen im urbanen Verkehr erläutert. Offenheit spielt bei Themen wie Veränderung oder Digitalisierung eine grosse Rolle. Die Politik muss Grundlagen schaffen, um fortschrittlichen Prozessen den Weg zu ebnet und Rahmenbedingungen setzen, welche den Fortschritt nicht einschränken, sondern weiter bestärken. Dafür stehen die Jungfreisinnigen Schweiz ein.

Am Samstagnachmittag wurden verschiedene Aspekte des Mottos «Öffnung anstelle von Abschottung» in mehreren Workshops beleuchtet. Mit Olivier Feller (Nationalrat FDP VD) wurde über den Umgang einer liberalen Partei mit Populismus diskutiert. Stefan Schlegel (Jurist und Forscher am Max-Planck-Institut in Göttingen) präsentierte seine Ansichten zur Beziehung zwischen Migration und Freihandel. Zudem wurde mit Michele Barone (Vizepräsident Jungfreisinnige Schweiz) nach liberalen



Maja Freiermuth

Lösungen im Rahmen der Gleichstellungsthematik gesucht. Die verschiedenen Themen und Referenten boten den Teilnehmenden Diskussionspielraum und interessante Denkanstösse.

In dem am Sonntag verabschiedeten Europapapier sprachen sich die Jungfreisinnigen klar für die Personenfreizügigkeit und somit gegen Kontingente sowie auch «flankierende Massnahmen» aus. Die Jungfreisinnigen fordern, dass die Personenfreizügigkeit auf ausgewählte Drittstaaten ausgeweitet und die Migration in unsere Sozialwerke unterbunden wird. Abschottungstendenzen werden von den Jungfreisinnigen nicht unterstützt.

Ein deutliches Zeichen setzten die

Jungfreisinnigen auch mit der Parolenfassung gegen das neue Energiegesetz. Nachdem man sich an Delegiertenräten und in einem Positionspapier mehrmals gegen die Energiestrategie 2050 eingesetzt hatte, wurde am Kongress nochmals ein deutliches Nein gegen Zwangsmassnahmen, Subventionen und die Regulierungsflut gefasst. Weiter wurde der Weg für die Kampagnen gegen die Altersreform und für die kommende No-Billag-Initiative dem Vorstand für eine aktive Teilnahme am Abstimmungskampf geebnet.

Am Sonntag wurden zudem zwei neue Vorstandsmitglieder gewählt. Jill Nussbaumer (ZG) übernimmt das Ressort Medien & Online und löst so-

mit Pascal Stäheli (SG) ab, welcher aus beruflichen Gründen zurückgetreten war. Jill schloss ihren Bachelor an der Universität St. Gallen ab und arbeitet momentan bei der Privatbank Notenstein La Roche. Mit Louise Morand wird eine zweite Frau in den Vorstand gewählt. Sie übernimmt Dimitri Allaz' Amt des International Officers. Louise studiert Recht an der Universität Fribourg und wird sich um die internationalen Angelegenheiten der Jungfreisinnigen kümmern. In den vergangenen Wochen wurden die beiden bereits mit ihren neuen Ämtern vertraut gemacht. Der Vorstand ist somit bereit für die kommenden Herausforderungen.

Generalversammlung der FDP.Die Liberalen Frauen

Doris Fiala ist die neue Präsidentin der FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz

An der Generalversammlung vom 1. April 2017 in Zürich wurde Nationalrätin Doris Fiala zur neuen Präsidentin gewählt. Mit ihr haben die FDP Frauen eine Präsidentin, die in Bundesbern und in der Wirtschaft bestens vernetzt ist und sich seit vielen Jahren mit viel Herzblut für die liberalen Werte in unserem Land einsetzt. Die Delegierten dankten der abtretenden Präsidentin Carmen Walker Späh und der abtretenden Generalsekretärin Claudine Esseiva mit langem herzlichen Applaus für ihr grosses Engagement für die FDP Frauen Schweiz.

«Wenn ich mich für etwas engagiere, dann heisst das Mass aller Dinge für mich: voller Einsatz – der einzige Beweis für das Können ist das Tun.» In diesem Sinne will Doris Fiala auch die FDP Frauen weiterhin als Macherinnen positionieren. Denn gerade nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative vom 9. Februar 2014 ist das Ziel, Männer und Frauen bestmöglich in den Arbeitsmarkt zu integrieren, noch dringender geworden. Rund 245 000 Frauen geben in Umfragen an, gerne eine Erwerbsarbeit ausüben zu wollen oder ihr Teilzeitpensum aufzustocken. 55 000 Hochschulabsolventinnen sind zurzeit im Arbeitsmarkt nicht integriert. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels sind diese Zahlen unerfreulich.

Doris Fiala freut sich, zusammen mit der neuen Generalsekretärin Irene Thalmann und der Geschäftsleitung, die FDP Frauen als freisin-



Die Präsidentin der FDP Schweiz Petra Gössi (links) und die neu gekürte Präsidentin der FDP Frauen Schweiz Doris Fiala (rechts) bedankten sich bei Regierungsrätin Carmen Walker Späh (Mitte) für ihr grosses Engagement als Präsidentin der FDP Frauen.

nige, progressive und liberale Kraft innerhalb der FDP-Familie weiterzuführen.

Ja zu Richtwerten bei Grossfirmen

Diskutiert haben die FDP Frauen an ihrer Generalversammlung auch die vom Bundesrat vorgeschlagenen Richtwerte bei der Aktienrechtsreform. Sowohl in den Verwaltungsräten wie auch in den Führungsetagen liegt der Frauenanteil bei börsenkotierten Unternehmen immer noch unter 10 Prozent. Die vom Bundesrat vorgeschlagenen Richtwerte von 30 Prozent in Verwaltungsräten und 20 Prozent in den Geschäftsleitungen unterstützen die FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz, jedoch mit einer Sunset-Legislation auf 10 Jahre beschränkt. Diese Vorlage betrifft keine KMU, da Unternehmen u. a. erst ab 250 Mitarbeitende betroffen sind.

Ausschnitt aus der Rede von Parteipräsidentin Petra Gössi

Mit ihrem Einsatz für eine liberale Gleichstellungspolitik zeigen FDP.Die Liberalen Frauen klar und deutlich auf, dass wichtige Themen wie z. B. die Altersreform 2020 nicht nur von links bewirtschaftet werden. Die FDP Frauen haben sich bei der Altersreform 2020 besonders für die Abschaffung des Koordinationsabzugs eingesetzt. Die FDP-Fraktion hat diese Forderung im Rahmen der Reform aufgenommen und dafür im Nationalrat eine Mehrheit

gefunden. Die Frauen sind es, die oft Teilzeit arbeiten. Sie sind es, die darunter leiden, dass sie nach wie vor keine oder nur in sehr geringem Masse ihre berufliche Vorsorge ansparen können. Ich freue mich bereits jetzt auf die enge Zusammenarbeit mit den FDP Frauen, damit wir gemeinsam dafür sorgen, dass diese unsoziale Altersreform 2020 abgelehnt wird.

Ich möchte an dieser Stelle Carmen Walker Späh für ihre Arbeit als Präsi-

dentin der FDP Frauen danken. Sie hat während der letzten sieben Jahren mit unermüdlichem Engagement und einem langen Atem gezeigt, wie erfolgreich die FDP Frauen politisieren. Ihr ist es zu verdanken, dass die FDP Frauen gehört werden. Liebe Carmen, ich danke dir von Herzen für deinen grossartigen Einsatz!

Ebenfalls bedanke ich mich herzlich bei Claudine Esseiva, die als Generalsekretärin Grossartiges leistete. Seit ihrem

Amtsantritt im 2008 sorgt sie dafür, dass die FDP Frauen in der politischen Debatte präsent sind. Liebe Claudine, vielen Dank für deine Arbeit!

Ich wünsche Doris Fiala als neugewählte Präsidentin und Irene Thalmann als neue Generalsekretärin alles Gute und viel Erfolg. Dass ihr beide den für diese Ämter nötigen langen Atem habt, habt ihr schon oft bewiesen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit euch!

Anm. der Redaktion: Es gilt das gesprochene Wort.

Datenschutzgesetz

Kein Swiss Finish im Datenschutz

Mit der Totalrevision des Datenschutzgesetzes (DSG) will der Bundesrat den aktuellen Entwicklungen in Gesellschaft und Wirtschaft Rechnung tragen. Das ist richtig und wichtig. Dennoch darf die Schweiz nicht in vorseilendem Gehorsam agieren: Ein Swiss Finish, wie es zurzeit der Gesetzesentwurf des Bundesrates vorsieht, ist absolut zu vermeiden.

Ruedi Noser, Ständerat ZH

Die Totalrevision des Datenschutzgesetzes ist die Antwort auf die neue EU-Datenschutz-Grundverordnung, welche im Mai 2018 in Kraft tritt. Um den grenzüberschreitenden Datenverkehr zwischen der Schweiz und den EU-Mitgliedstaaten nicht zu erschweren und unnötige Hürden bei der Datenübermittlung zu vermeiden, soll die Schweiz ein mit der EU vergleichbares Datenschutzniveau aufweisen können. Ziel ist es, mit dem neuen DSG die Transparenz von Datenbearbeitungen zu verbessern und die Selbstbestimmung der Personen, über welche Daten gesammelt und bearbeitet werden (sog. betroffene Personen), zu stärken. Dass die Revision neue Regulierungen mit sich bringt, ist unausweichlich. Dennoch dürfen neue Vorschriften die Privatsphäre von Personen und Unternehmen nicht empfindlich tangieren und die Wirtschaftsfreiheit sowie Innovationsfähigkeit von Unternehmen nicht einschränken.

Meldepflicht auf ein Minimum begrenzen

Im aktuellen Gesetzesentwurf sehen wir uns mit diesen Gefahren konfrontiert, zumal der Bundesrat in vielen Bereichen einen Swiss Finish vorsieht. So fordert der Bundesrat eine breite Auslegung der Meldepflicht. Das bedeutet konkret, dass Unternehmen, welche eine Datensammlung angelegt haben und diese bearbeiten, neu viel mehr Informationen dem Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten (EDÖB) und dem Konsumenten zu melden haben. Folglich werden Inhaber der Datensammlungen und der Datenschutzbeauftragte mit einer Flut von Informationen zu betroffenen Perso-



Ruedi Noser

nen überschwemmt. So wird insbesondere die Effizienz des Datenschutzbeauftragten reduziert, gegen Rechtsverstösse vorzugehen, und es entsteht ein substanzieller finanzieller Mehraufwand für betroffene Unternehmen und den EDÖB. Die EU

selbst sieht keine solch extensive Meldepflicht vor. Deshalb soll sie aus dem Gesetzestext entfernt werden.

Nur administrative Sanktionen

Auch sieht der Entwurf im Gegensatz zur EU-Richtlinie nebst administrati-

ven auch persönliche strafrechtliche Sanktionen vor. Somit soll das Sanktionssystem erheblich verschärft werden. Neu soll jeder Datenschutzverstoss dem EDÖB gemeldet werden, und es sollen sogar fahrlässige Verstösse sanktioniert werden. Das vorgesehene Sanktionssystem führt zu einer Kriminalisierung von Personen in den datenbearbeitenden Unternehmen, anstatt fehlbare wirtschaftlich verantwortliche Unternehmen zur Rechenschaft zu ziehen. Dies geht weit über die EU-Verordnung hinaus und ist unverhältnismässig. Gleichzeitig würde der Aufwand von richterlichen Behörden in den Kantonen massiv steigen, zumal Datenschutzjuristen angestellt werden müssten. Letztlich würden international tätige Grossunternehmen bevorteilt, zumal die Verfolgung und Vollstreckung von im Ausland ansässigen Unternehmen faktisch nicht möglich und rechtlich schwierig sein wird. Einschränkung der wirtschaftlichen Freiheit und administrative Aufwendungen müssen deshalb auf das absolute Notwendige reduziert werden.

Übermächtiger Datenschutzbeauftragter?

Der Datenschutzbeauftragte erfüllt eine rechtsstaatlich wichtige Funktion, und es ist richtig, dessen Mittel zu erhöhen, damit er in einer digitalisierten Welt seine Aufgabe angemessen wahrnehmen kann. Der Gesetzesentwurf jedoch sieht eine substanzielle Ausweitung der Kompetenzen des EDÖB vor. Wir riskieren, eine Institution mit quasi-gesetzgebenden und gerichtlichen Kompetenzen zu schaffen. Dies ist rechtsstaatlich bedenklich und kann zu einer übermässigen Ansammlung von Kompetenzen einer Verwaltungseinheit führen.

GV von Radigal

Ein Jahr im Zeichen des Wachstums

Nach der Neuaufstellung letztes Jahr liegt der Fokus 2017 für Radigal auf Vernetzung, Verankerung und Wachstum. Die Generalversammlung im März stand in diesem Zeichen und brachte sogar eine Premiere in jüngerer Zeit mit sich.

Raphael Scherer,
Vorstandsmitglied Radigal

Nachdem sich Radigal 2016 mit einem frischen Vorstand und verstärkter Präsenz neu aufgestellt hat, soll 2017 ein wichtiges Jahr der Verbreiterung werden. Das wurde deutlich an der ordentlichen GV, welche Mitte März in Zürich abgehalten wurde. Augenfälliges Zeichen war die in diesem Jahr viel grössere Anzahl Mitglieder, die sich dazu eingefunden hatten. Während der formale Rahmen im Zentrum Karl der Grosse noch der gleiche blieb, änderten sich jedoch die Themen, die eingebracht und diskutiert wurden.

Einem Beobachter wäre wohl zunächst einmal die Präsenz einer Frau in der sonst männlichen Runde aufgefallen. Obwohl Radigal beiden Geschlechtern und allen sexuellen Orientierungen offensteht, waren die Herren in jüngerer Zeit unter sich. Das soll sich zukünftig ändern, und der Vorstand freut sich über die Wahl von Mentari Baumann. Die bestens vernetzte Bernerin wird künftig dafür verantwortlich sein, Radigal beim weiblichen Geschlecht besser zu positionieren. Bei dieser Verstärkung soll es jedoch nicht bleiben – bei Radigal als Verein und Think-Tank sind alle Frauen, die sich für die Sache der Gleichberechtigung einbringen wollen, herzlich willkommen.

Auch eine andere, geografische Lücke galt es an der GV zu füllen. Während alle Vorstands- und der Grossteil der ordentlichen Vereinsmitglieder aus der deutschsprachigen Schweiz stammen, ist der Verein in der Romandie praktisch inexistent und auch kaum bekannt. Eine entsprechende Sektion soll nun ins Leben gerufen werden. Nach ersten Sondierungen wird im Verlauf des Jahres eine Informationsveranstaltung durchgeführt und die regionale Verankerung voran-



Raphael Scherer

getrieben werden. Michele Barone von den Jungfreisinnigen Neuenburg hat sich bereit erklärt, hier eine aktive Rolle einzunehmen.

Bei Speis und Trank wurde der

Abend schliesslich gemeinsam beschlossen. Mehrere Generationen von Radigal-Mitgliedern waren zur GV erschienen, und besonders interessant war der historische Kontext, in wel-

chen die anwesenden Gründungsmitglieder aktuelle Entwicklungen stellen konnten. Eine solche Rückbesinnung inspiriert Zukünftiges. Angeregte und ausführliche Diskussionen wiederum schlossen unterschiedlichste Themen mit ein, unter anderem die ideologische Verortung innerhalb des Freisinns. Hier sollen die Dinge dieses Jahr ebenfalls Form annehmen.

So geht Radigal nicht nur in seinen Strukturen gestärkt und mit vielerlei Zielen aus dieser GV ins 2017, sondern auch mit einer neu motivierten Basis und einem bestens vernetzten Führungsteam. Nach der Neuaufstellung im 2016 geht es nun im laufenden Jahr darum, den Verein weiter zu vernetzen und wachsen zu lassen. Primäres Ziel bleibt weiterhin die Gleichstellung homosexueller Paare im Eherecht. Auch die Selbstbestimmungsinitiative wird ein Thema sein, in welchem wir eine Bedrohung garantierter Freiheitsrechte erkennen. Auch dieses Jahr soll wieder ein Social-Event stattfinden. Der letztjährige, in Luzern organisierte, fand grossen Anklang. Jede Organisation lebt von einer motivierten und in die Vereinsarbeit integrierten Basis. An der GV war diesbezüglich grosses Interesse zu spüren. Solch aktives Engagement kann in der Vernetzung mit anderen parteiinternen und -externen Organisationen geschehen, oder auch in der Erarbeitung erster Positionspapiere. Radigal versteht sich als Think-Tank und Kompetenzzentrum der FDP für die Sache der Gleichberechtigung, und das erlaubt vielfältige Formen des Engagements.

Trotz letztjährigen Erfolgen mit der Stiefkindadoption und dem Schiffbruch der CVP-Familieninitiative wehen politisch im Moment stärkere Winde als der unsrige durch das Bundeshaus. Die Zeichen stehen für Radigal deshalb im laufenden Jahr auf Wachstum und interner Vernetzung.

Am 2. September in Auvernier bei Neuchâtel

Kommen Sie an den Tag der FDP!

Bereits zum dritten Mal lädt die FDP alle Mitglieder, Sympathisanten und Interessierte mitsamt ihren Familien an den Tag der FDP ein. Die FDP freut sich, Sie am Samstag, 2. September 2017, in Auvernier zu begrüssen. Reservieren Sie sich das Datum schon jetzt!

Die ersten beiden Tage der FDP in Zug 2014 und im Wahljahr 2015 in Sursee sind allen Beteiligten noch in guter Erinnerung. Es waren tolle Feste mit einem attraktiven Programm für die ganze Familie. In diesem Jahr nun findet der erste Tag der FDP in der Romandie statt. Kommen Sie am Samstag, 2. September, nach Auvernier!



Ausgelassene Stimmung ist Programm.



Die Teilnehmenden genossen in Sursee ein Volksfest.

Ein Fest am See

Direkt am Seeufer gelegen, wartet der Tag der FDP 2017 nicht nur mit einer wunderschönen Szenerie auf Sie. Auch das Programm wird einige Überraschungen bereithalten. Unterhaltung für Gross und Klein wird ebenso geboten wie ein abwechslungsreiches kulinarisches Angebot. Zudem

bietet sich die Gelegenheit, Gleichgesinnte aus der ganzen Schweiz zu treffen und sich auszutauschen.

Auvernier ist eine kleine, aber geschichtsträchtige Gemeinde am Neuenburgersee, nur wenige Fahrminuten ausserhalb von Neuchâtel. Das Festgelände ist bequem mit einem

Tram ab Neuchâtel zu erreichen, ebenso stehen genügend Parkplätze zur Verfügung. Wer schon die Anreise zum Erlebnis machen will, nimmt das Kursschiff direkt zum Festgelände.

Die Einladung folgt bald

Lassen Sie sich diesen besonderen An-

lass nicht entgehen und reservieren Sie sich den 2. September bereits jetzt in Ihrer Agenda. Die offizielle Einladung folgt in den nächsten Wochen. Auf unserer Website www.fdp.ch werden laufend die aktuellsten Informationen zum Tag der FDP bereitgehalten. Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

FDP.Die Liberalen Seniorinnen und Senioren Aargau

Petra Gössi zog mehr als die Fasnacht

Fasnacht hin oder her: Am Schmutzigen Donnerstag gaben die Seniorinnen und Senioren der FDP.Die Liberalen Aargau der Politik den Vorzug. Sie beehrten FDP-Präsidentin Petra Gössi im Aarauer «Schützen» mit einem Grossaufmarsch.

Hans-Peter Widmer, Hausen AG

In dreiviertelstündiger freier Rede machte Petra Gössi eine aussen- und innenpolitische Auslegeordnung. An der direkten Begegnung freuten sich beide Seiten: Die Seniorinnen und Senioren beeindruckte die dossierfeste FDP-Chefin, während diese den Kontakt mit einer aufgeweckten Parteilbasis sichtlich genoss.



Petra Gössi kam bei den Aargauer FDP-Senioren gut an. BILD: OSKAR MÖRIKOFER

Nicht in Nervosität verfallen

Bevor sie das politische Umfeld und die Herausforderungen für die Schweiz beleuchtete, gab Petra Gössi Einblick in die persönliche Sphäre und ihre Überzeugung, dass Politik, Wirtschaft

und Bevölkerung gemeinsam für das Wohl des Landes verantwortlich sind: «In der Schweiz muss man sich aufeinander zu bewegen, wenn man Lösungen will», betonte sie.

Unser Land sollte bei den gegenwärtigen aussenpolitischen Unwägbarkeiten nicht in Nervosität und Hektik verfallen, sondern die Entwicklungen achtsam analysieren und antizipieren. Durch Englands Austritt werde sich das Verhältnis der EU zu Drittstaaten ändern. Diskussionen über ein institutionelles Rahmenabkommen mit Brüssel halte sie zurzeit für überflüssig.

Innenpolitische «Minenfelder»

Auf innenpolitischem Terrain ging die Parteipräsidentin auf anstehende Initiativen ein. Die Rasa-Initiative lehne die FDP ab. Die von der Auns angekündigte Kündigungsinitiative werde

zur Stunde der Wahrheit über die bilateralen Verträge. Und die von der SVP angestossene Selbstbestimmungsinitiative mit ihrem verfänglichen Titel schränke das eigene Bundesgericht ein.

Bei der Reform der Altersvorsorge habe ein nicht finanzierbarer Leistungsausbau keinen Platz. Dagegen müsse einer neuen Vorlage nach der gescheiterten Unternehmenssteuerreform III eine umfassendere Aufklärung vorangehen. In der lebhaften Diskussion wurden die Polarisierungstendenzen und die Position der FDP, die Rentenreform, die Energiestrategie sowie das Verhältnis Politik-Wirtschaft erörtert.

Initiative «No Billag»

«No Billag» ne doit pas être une attaque contre la cohésion de la Suisse

Lors de la dernière session parlementaire, les chambres fédérales ont largement rejeté l'initiative «No Billag». Le conseiller national vaudois Frédéric Borloz démontre pourquoi cette initiative est dangereuse et pourquoi il est important de maintenir ces médias nationaux.

Frédéric Borloz,
président du PLR Vaud,
conseiller national

Tout le monde, tous les partis ont eu un jour quelque chose à reprocher aux médias, aussi bien à gauche qu'à droite: angles jugés subjectifs, impression de couverture asymétrique, partis pris, etc. C'est de bonne guerre et consubstantiel au jeu politique. De là à s'appuyer sur ces raisons pour soutenir l'initiative «No Billag», il n'y a qu'un pas que certains franchissent allègrement. Pourtant, les citoyens méritent mieux qu'un règlement de compte pour seuls arguments de campagne. Voter avec le ventre n'est pas souvent de bon augure.

Rappelons-le: cette initiative vise à supprimer la perception par l'Etat d'une taxe pour permettre une diffusion radiophonique et télévisuelle nationale, de qualité – précisons-le –, sur l'ensemble du territoire et couvrant toutes les régions linguistiques. Presque du jour au lendemain un oui à cette initiative supprimerait ce que certains appellent «médias d'Etat». Dans ce sujet, se mêle ras-le-bol d'une taxe, ras-le-bol de Billag – à qui la Confédération vient de retirer la concession –, et volonté (ultra-)libérale de ne pas privilégier des médias et de laisser le marché jouer sa logique.

Qu'advierait-il sans chaînes ou stations d'utilité publique? Pensez-vous que des chaînes privées feraient leur place au soleil dans des bassins de population aussi restreints? Bien au contraire! Nos chaînes privées régionales survivent également aujourd'hui, et en grande partie, grâce à la redevance. Ce sont bel et bien les médias étrangers qui pourraient alors bénéficier du vide et profiter des parts



Frédéric Borloz

de marché. Ces chaînes se soucieraient-elles des spécificités suisses, de ses débats politiques, des différentes cultures? On en doute.

Un modèle qui couvre l'ensemble de notre pays

Le modèle en place aujourd'hui, quoi que l'on en dise, permet à moindre frais, de développer une couverture large et propre à notre pays. Imaginé à la Suisse, ce système permet en outre de faire privilégier les minorités d'une manne proportionnellement plus importante que leur taille. Plus de 30 pour cent de la redevance revient à la Suisse romande alors qu'elle ne représente que 20% du pays. C'est donc bien au ciment de la Suisse que l'on s'attaque avec cette initiative, à sa cohésion. Mais surtout à son histoire et comment on la raconte. Mise en parallèle avec la crise que connaît la presse écrite dans notre région, on mesure l'importance de maintenir ces médias nationaux.

Venir sur le mode paiement pour trouver une solution est illusoire. A nouveau, pensez-vous que nous allons déboursier une somme pour regarder une émission politique? Dans notre pays qui vote tous les trois mois, cet exemple est parlant et même important. Le peu de spectateurs qui regardent cette émission en provoquerait la mort car pas assez rentable. Aujourd'hui, la télévision doit offrir des séries (qui ne coûtent pas si cher) pour garder ses spectateurs, ou du sport. Cela lui permet aussi d'offrir toutes sortes de reportages et d'informations en contrepartie.

Les débats vont prochainement s'animer et il s'agira de garder la tête froide. De ne pas vouloir faire payer des comptes, sous prétexte de rancœur. Le véritable enjeu est bel et bien national. La Suisse, sa complexité et ses régions ont besoin d'une télévision nationale, même si elle émet dans plusieurs langues.

Attraktivität Militär

Die Milizarmee muss attraktiver werden!

Das Militär ist Zeichen des gelebten Gemeinsinns in der Schweiz. Dem zugrunde liegt der Milizgedanke, welcher die enge Verbindung zwischen Gesellschaft und Armee sichert und den nationalen Zusammenhalt stärkt. Die Basis jedoch erodiert: Der Armee kommen immer mehr Aktive abhanden. Es müssen neue Modelle erdacht werden, um den Militärdienst attraktiver zu gestalten.

Marcel Dobler, Nationalrat SG

Die Absolvierung der Dienstpflicht ist in der heutigen individualisierten Welt keine Selbstverständlichkeit mehr. Wir kommen nicht umhin, neue Dienstmodelle zu prüfen, welche den geänderten Rahmenbedingungen in Bildung, Wirtschaft und Gesellschaft Rechnung tragen. In dem von mir initiierten Postulat der Sicherheitskommission des Nationalrates «Den Militärdienst attraktiver machen. Bericht», fordere ich den Bundesrat explizit dazu auf, Massnahmen zu prüfen, um die Attraktivität der Armee zu steigern. Der Nationalrat hat das Postulat im März dieses Jahres erfreulicherweise an den Bundesrat überwiesen.

Der Zivildienst boomt

Wir stellen fest, dass immer mehr Wehrpflichtige während oder nach dem Abschluss der Rekrutenschule in den Zivildienst wechseln. Besorgniserregend ist unter anderem der Abgang höherer Unteroffiziere und von Offizieren nach langer Ausbildung. Um diesem Trend entgegenzusteuern, gilt es einerseits, den Übertritt in den Zivildienst zu erschweren. Wer heute Zivildienst leisten will, muss Faktor 1,5 mehr Dienstage absolvieren als ein Militärdienstleistender. Bei Armeekadern sinkt der Faktor schrittweise von 1,5 bis auf 1,1. Es ist zu prüfen, ob der Faktor konstant 1,5 betragen soll. Weiter wäre es durchaus vorstellbar, dass bei einem Übertritt vom Militärdienst in den Zivildienst die bereits geleisteten Dienstage nur noch zur Hälfte angerechnet werden.

Den Militärdienst attraktiver gestalten

Andererseits gilt es, Anreize und Bedingungen zu schaffen, damit aktives



Marcel Dobler

Personal auch künftig der Armee erhalten bleibt. In einem Postulat fordere ich deshalb, dass die Schweizer Armee ihr Technologie-Know-how fördert und sichert sowie die Zusammenarbeit zwischen der Armee und den Bildungsinstituten weiterentwickelt wird. So sollen künftig Maschinenbauingenieure Drohnen für die Luftaufklärung weiterentwickeln und Informatiker den Cyberraum oder die Militärverschlüsselung sicherer ge-

stalten. Vorstellbar wäre eine engere Zusammenarbeit mit Hochschulen, sodass Praktika oder Doktorarbeiten als Dienstage angerechnet werden. So würde nicht nur unsere Armee wertvolles Know-how dazugewinnen, sondern die militärische Ausbildung würde sich auch nach der steigenden Nachfrage des Arbeitsmarktes nach Personen mit digitalen Kompetenzen ausrichten und somit attraktiver werden.

In diesem Kontext ist die differenzierte Tauglichkeit ein interessantes Konzept. Personen mit gewissen körperlichen Einschränkungen könnten unterstützende Aufgaben wahrnehmen, welche keine gute sportliche Leistungsfähigkeit erfordern oder waffenlos getätigt werden können. Diese Rekruten könnten sich für Aufgaben eignen, welchen ihren fachlichen Qualifikationen entsprechen. Folglich sind sie nicht per se als untauglich einzustufen, wenn sie Dienst leisten wollen. In diesem Zusammenhang gilt es, in der Armee Raum für Innovation zu schaffen. So könnten beispielsweise Informatiker eine Software programmieren, um administrative Prozesse zu vereinfachen, die schliesslich von allen verwendet werden könnte.

Auch fordere ich, dass die Anerkennung der Militärausbildungen überprüft wird. Es kann nicht sein, dass ein Arzt seinen Zivildienst vollständig als Praktikum anrechnen kann, den Militärdienst aber nicht. Aus wirtschaftlicher Perspektive hat ein Arzt kein Interesse, Militärdienst zu leisten. Es geht insbesondere darum, die Weiterbildungsmöglichkeiten im Militär mit jenen im Zivildienst gleichzusetzen, um Fehlanreize zu beseitigen.

Eine Cyber-Rekrutenschule?

Zwei Tage nach Einreichung des Postulats kommunizierte Bundesrat Guy Parmelin die Idee einer «Cyber-RS». Ziel soll es sein, die eigenen kritischen Infrastrukturen gegen Cyberkriminalität zu schützen und im Militär der fortschreitenden Digitalisierung in Gesellschaft und Wirtschaft Rechnung zu tragen. Dieser Vorstoss ist zu begrüssen, ist aber nur eine von vielen Möglichkeiten, welche geprüft werden müssen.

Für erfolgreiche und wettbewerbsfähige KMU

FDP fasst Parole zur Energiestrategie

Die Delegierten der FDP. Die Liberalen fanden sich an ihrer ersten Delegiertenversammlung im 2017 in Fribourg zusammen. Neben einer angeregten Debatte zur Energiestrategie 2050 verabschiedeten sie ein Positionspapier zur Bekämpfung von Bürokratie und Entlastung der KMU.

Der Präsident der FDP Freiburg, Didier Castella, hiess am 4. März alle Anwesenden herzlich willkommen. Er sei stolz, sich als Präsident eines zweisprachigen Kantons an die Delegierten der FDP Schweiz wenden zu können. Die Vielfalt sei ein Zeichen des Gemeinsinns, welcher die Schweiz ausmache, betonte der Freiburger Kantonsrat.

Wie weiter nach der USR III?

Für Parteipräsidentin Petra Gössi war es denn auch das einjährige Jubiläum seit ihrer Wahl als Präsidentin der FDP. Die Liberalen. In diesem Rahmen bedankte sie sich für die grosse Unterstützung innerhalb der Partei. Ebenfalls bedankte sie sich für das geleistete Engagement während des Abstimmungskampfs zur Unternehmenssteuerreform III: Die FDP habe mit Herzblut für deren Annahme gekämpft und konnte von allen Befürwortern ihre Basis am besten mobilisieren. Für sie sei deshalb klar: «Wir müssen künftig vermehrt selber das Heft in die Hand nehmen und unsere Kampagnen einfach und FDP-erkennbar machen.» Auch betonte sie, dass das Verhältnis zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Politik auf ein neues Fundament gestellt werden müsse: Alle Akteure der drei Bereiche müssten vermehrt Verantwortung übernehmen, um das Vertrauen ineinander wieder zu gewinnen.

Bundesrat Didier Burkhalter erklärte in seiner Rede an die Delegierten, dass wir uns in einer Welt voller Krisen und Unsicherheiten befinden. Das berge für ein Land wie die Schweiz Chancen und Risiken. Die Herausforderungen müssten mit Mut, Herz und Verstand angegangen werden. Die Welt und die Schweiz brauche umso mehr liberale Antworten angesichts der isolationistischen und illiberalen Tendenzen.



Die Delegierten beziehen Position.

Energiestrategie 2050

Mit Spannung wurde die Debatte zur Energiestrategie 2050 erwartet, gegen welche das Referendum ergriffen wurde und über welche wir am 21. Mai abstimmen werden. Den Anfang machte Ständerat Ruedi Noser, der die Vorzüge der Energiestrategie hervorhob. Anschliessend sprach sich Nationalrätin Doris Fiala in ihrem Referat gegen die Vorlage aus. Ganz im Sinne der FDP-Diskussionskultur folgte eine breite Debatte, in welcher verschiedene FDP-Exponenten der beiden Lager zu Wort kamen. Schliesslich sprachen sich die De-

legierten mit 175:163 Stimmen bei 6 Enthaltungen für ein Ja aus. Aus der Diskussion wurde aber klar, dass es einen eindeutigen gemeinsamen Nenner gibt: Unabhängig vom Ausgang der Volksabstimmung wird sich die FDP bereits jetzt dafür einsetzen, dass die Energie- und Stromversorgungssicherheit der Schweiz in Zukunft mit marktnahen Modellen gewährleistet wird.

Für wettbewerbsfähige KMU

Die Delegierten verabschiedeten letztlich ein Positionspapier zur unbürokratischen Entlastung der Wirtschaft

und Stärkung der KMU. Eine geringe Regulierungsdichte und tiefe Regulierungskosten kommen allen Unternehmen zugute. Gerade für KMU, die oft nur über wenige Ressourcen verfügen, sind tiefe Kosten überlebenswichtig. Weniger Bürokratie und Regulierung verschaffen kleinen und mittelgrossen Unternehmen den nötigen Spielraum für ihre unternehmerischen Tätigkeiten. Die Senkung von Regulierungskosten führt zu einer Erhöhung der zur Verfügung stehenden Mittel in einer Firma und damit zu einer höheren Produktivität und mehr Wirtschaftswachstum.



Parteipräsidentin Petra Gössi dankt für den grossen Einsatz in der Kampagne zur Steuerreform.



Nationalrätin Doris Fiala präsentiert die Nein-Argumente zur Energiestrategie 2050.



Nationalrat Jacques Bourgeois warb für ein Ja zur Energiestrategie.



Die Delegiertenversammlung wurde mit Spannung mitverfolgt.



Nationalrat Hans-Peter Portmann ergriff in der Debatte zur Energiestrategie das Wort.



Der Direktor von avenir suisse Peter Grünenfelder und Ständerat Andrea Caroni wollen die Kosten von Regulierung für KMU senken.



Der Stausee Lac d'Emosson im Wallis.

Energiestrategie 2050

Für mehr Effizienz und eine marktnähere Versorgungssicherheit

Die Schweizer Stimmbevölkerung wird am 21. Mai über das neue Energiegesetz abstimmen. Für FDP.Die Liberalen ist diese Abstimmung nicht einfach, denn sie enthält sowohl positive als auch negative Aspekte. Aus liberaler Sicht war darum für viele das Glas halb voll oder halb leer. Die FDP hat sich vor dieser Debatte nicht gescheut und in einer intensiven Diskussion an der Delegiertenversammlung schliesslich die Ja-Parole gefasst, weil für die Mehrheit die positiven Aspekte überwiegen.

Das neue Energiegesetz bzw. das erste Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050, über welches wir im Mai abstimmen, ist die Reaktion des Parlamentes auf die Reaktorkatastrophe in

Fukushima. Die Schweizer Energieversorgung soll langfristig umgebaut und nachhaltiger gestaltet werden. Dieses Ziel soll mit einem tragbaren Ausbau erneuerbarer Energien und

einem effizienteren Energie- und Stromverbrauch erreicht werden.

Erhöhung der Energieeffizienz

Heutzutage ist ungefähr 40 Prozent

des Energieverbrauchs auf den Gebäudesektor zurückzuführen. Neben der Weiterführung des Gebäudeprogramms sollen private Immobilienbesitzer darum mit steuerlichen Anrei-

Vorstösse der FDP-Fraktion

Zukunft der Energie- und Klimapolitik

Noch vor der Schlussabstimmung zum neuen Energiegesetz in der Herbstsession 2016 hat die FDP. Die Liberale-Fraktion drei Vorstösse eingereicht, die den Weg für eine marktnahe und nachhaltige Energie- und Klimapolitik in groben Zügen aufzeigen soll.

Ziel ist es, mit marktwirtschaftlichen Instrumenten einerseits Treibhausgase zu reduzieren und andererseits die Versorgungssicherheit der Schweiz zu gewährleisten. Dafür benötigt es in einem ersten Schritt eine Abschaffung der bestehenden Subventionsmodelle und damit eine Bereinigung des Systems. Erst danach können neue Modelle zugunsten der Stromproduktion in der Schweiz, der Erneuerung der Stromnetze, der weiteren Marktöffnung wie auch der Flexibilisierung der CO₂-Gesetzgebung in Angriff genommen werden. Diese zentralen Forderungen sollen mit der Umsetzung folgender Vorstösse erfüllt werden:

Motion «Zukunft der Energie- und Klimapolitik: Bereinigung bestehender Systeme»

Im Hinblick auf die neue CO₂-Verpflichtungsperiode nach 2020 muss das bestehende Modell der Klimapolitik so rasch wie möglich bereinigt werden. Dafür braucht es die Abschaffung der Teilzweckbindung und die Erweiterung der Befreiungsmöglichkeiten von der CO₂-Abgabe. Die Abschaffung der Subventionsmodelle für die Stromproduktion (KEV etc.) wird mit dem neuen Energiegesetz bereits umgesetzt.

Postulat «Zukunft der Energie- und Klimapolitik: Neues Marktmodell zur Sicherung der Stromproduktion in der Schweiz»

Für die Zeit nach der Beendigung der Subventionsmodelle benötigt die Stromproduktion in der Schweiz ein neues technologieneutrales Marktmodell, das Mitnahmeeffekte reduziert, einen gewissen Eigenversorgungsgrad sicherstellt und weitere Kriterien erfüllen muss.

Motion «Zukunft der Energie- und Klimapolitik: Flexibilisierung der neuen CO₂-Gesetzgebung»

Der Bundesrat wird dazu aufgefordert, im Hinblick auf die neue CO₂-Verpflichtungsperiode nach 2020 zur Umsetzung des Pariser Klimaübereinkommens das CO₂-Gesetz konsequent anhand von flexiblen Zielwerten und Massnahmen zu gestalten.

Fortsetzung von Seite 14

zen dazu motiviert werden, die Energieeffizienz ihrer Gebäude zu optimieren. Das von der FDP vorgeschlagene Modell ermöglicht Steuerabzüge für energetische Gebäudesanierungen über drei Steuerperioden und den Abzug der Rückbaukosten von alten Gebäuden. Im Verkehrsbereich übernimmt die Schweiz die europäischen CO₂-Emissions-Grenzwerte und schafft dadurch Anreize für den Import effizienterer Fahrzeuge. Das neue Gesetz regelt zudem die Rahmenbedingungen für die raschere Einführung intelligenter Messgeräte (Smart Meter), damit die heutigen mechanischen Stromzähler in den Schweizer Haushalten ersetzt werden und der Stromverbrauch optimiert wird.

Befristung der Subventionspolitik

Betreffend Ausbau der Stromproduktion in der Schweiz schafft das neue Energiegesetz einerseits die Voraussetzungen zur marktnäheren Förderung von erneuerbaren Energien und setzt andererseits der verzerrenden

Subventionspolitik ein Ende. Die sogenannte «Sunset-Klausel» legt fest, dass ab 2023 keine neuen Anlagen mehr ins Fördersystem der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) aufgenommen werden können. Auch Einmalvergütungen und Investitionsbeiträge für Erneuerbare stehen nur noch bis 2030 zur Verfügung. Zudem müssen Produzenten von erneuerbarem Strom ab einer gewissen Grösse ihre produzierte Elektrizität direkt am Markt verkaufen. Das waren Kernanliegen der FDP, die in diesem Gesetz erfolgreich verankert wurden.

Gewährleistung der Versorgungssicherheit

Obwohl das neue Energiegesetz den Bau neuer Kernkraftwerke untersagt, wird in diesem Bereich kein Forschungsverbot eingeführt. Zudem wird die Laufzeit der bestehenden Anlagen nicht beschränkt. Sie bleiben also so lange am Netz, wie sie von der Aufsichtsbehörde ENSI als sicher eingestuft werden. Damit wird eine

mittelfristige Versorgungsknappheit verhindert. Damit die Stromversorgung auch langfristig sichergestellt wird, setzt das Energiegesetz neben den erwähnten Einsparungen beim Energieverbrauch auf eine integrierte Energieversorgung mit zentraler Grosswasserkraft, vielen dezentralen Kleinkraftwerken und mehr Eigenverbrauch. Dazu soll der Aus- und Neubau von erneuerbaren Energien beschleunigt und als «nationales Interesse» anerkannt werden. Das Energiegesetz verkürzt damit die Bewilligungsverfahren und reduziert die Bürokratie. Damit wird die Produktion von einheimischer, erneuerbarer Energie gestärkt. Im Endeffekt sinkt dadurch die Abhängigkeit vom Ausland, und die Versorgungssicherheit wird gewährleistet.

Nachhaltige Verbesserung der Energiepolitik

Die FDP konnte das Gesetz während der parlamentarischen Debatte optimieren. Trotzdem ist die Partei nicht vollständig zufrieden mit der nun vor-

liegenden Version des Gesetzes. Darum wurde innerhalb der FDP und insbesondere während die Delegiertenversammlung heftig diskutiert. Es wurde entschieden, dass die Vorteile überwiegen und das Gesetz deshalb unterstützt werden soll. Nichtsdestotrotz wird sich die FDP dafür einsetzen, die übriggebliebenen Mängel möglichst schnell anzugehen. Zu diesem Zweck wurden von unserer Fraktion im Parlament bereits wichtige Vorstösse lanciert, damit sich die langfristige Versorgungssicherheit mehr am Markt orientiert (vgl. Artikel oben). Neben neuen Modellen für den Schweizer Strommarkt will die FDP auch die Marktliberalisierung weiter vorantreiben und die Verknüpfung mit dem europäischen Strommarkt sicherstellen.

Altersvorsorge 2020

Es gibt immer Alternativen

Für FDP. Die Liberalen war von Anfang an klar, dass sie eine Rentenreform will, aber nicht zu jedem Preis. Das Ziel der Reform lag darin, das Rentenniveau zu sichern und beide Säulen auf eine stabile finanzielle Grundlage zu stellen. Diese Ziele wurden nicht erreicht. Im Gegenteil: Das Ergebnis der Beratungen ist ein Rentenausbau in der 1. Säule, der uns auf dem Hintergrund der demografischen Entwicklung teuer zu stehen kommt. Als staatstragende Partei stehen wir für gesunde Finanzen und Generationengerechtigkeit und gegen eine Zwei-Klassen-AHV.

Karin Keller-Sutter,
Ständerätin SG

Als im Herbst 2015 die Vorlage erstmals in den Ständerat kam, zeichnete sich bereits ab, dass die AV2020 kaum zu verändern war. CVP und SP, die im Ständerat die Mehrheit stellen, haben der Vorlage ihren Stempel aufgedrückt und waren in der Folge nicht mehr bereit, das Projekt im Kern zu verändern.

Was wir wollten

Im Rahmen der Reform wollten wir das Rentenniveau halten und die Sozialwerke solidarisch und generationengerecht sichern. Zudem befürworteten wir die Absenkung des Umwandlungssatzes in der beruflichen Vorsorge und die Anhebung des Frauenrentenalters, was die AHV mit 1,2 Milliarden jährlich entlastet.

Opposition von Mitte-links

Die Mehrheit des Ständerates kompensierte die Senkung des Umwandlungssatzes nicht nur über zusätzliche Lohnabzüge, sondern beschloss überdies eine monatliche Erhöhung der AHV-Renten um 70 Franken – ausschliesslich für Neurentner. Da die Absenkung des Umwandlungssatzes in der Übergangsgeneration bereits in der 2. Säule kompensiert und der Besitzstand während 20 Jahren garantiert wird, stellen die 70 Franken für Neurentner einen klaren Ausbau dar. Ebenfalls erhalten nun auch jene mehr AHV, die sie gar nicht nötig haben. Auf der anderen Seite werden Bezüger von Ergänzungsleistungen (EL) bestraft, da die höhere Rente zu einem Wegfall der EL führen kann. So lässt



Karin Keller-Sutter

BILD: PARLAMENTSDIENSTE

sich keine verantwortungsvolle Sozialpolitik betreiben. Besonders gravierend ist, dass die Erhöhung der Renten langfristig nicht finanziert ist. Um die AHV ab 2030 ausgeglichen zu finanzieren, fehlen dannzumal bereits wieder 0,82 Prozent Mehrwertsteuer oder 0,62 Prozent Lohnbeiträge. Nach 2030 steigt der Finanzbedarf so stark, dass nicht einmal mehr das Rentenalter 67 das Loch von rund 7 Milliarden decken könnte. Die Reform ver-

letzt die Generationengerechtigkeit und schafft eine Zwei-Klassen-AHV.

Wir wollten den Kompromiss

Noch vor der Einigungskonferenz hat der Nationalrat einen Schritt auf die Mitte-links-Mehrheit im Ständerat gemacht und auf verschiedene Positionen verzichtet. Dabei erwartete der Nationalrat, dass sich der Ständerat im Gegenzug beim Rentenausbau bewegt. In der Einigungskonferenz haben Stän-

derat Kuprecht (SVP) und ich weitere Kompromissvorschläge eingebracht. Leider vergebens. Die Altersreform, über die wir am 24. September abstimmen, ist denn auch kein Kompromiss, sondern ein Mehrheitsentscheid.

Der Handlungsbedarf in der Altersvorsorge ist unbestritten. Die vorliegende Reform löst die Probleme jedoch nicht, sondern verschlimmert sie. Zudem verschlechtern die Mehrkosten in der AHV die Ausgangslage für jede weitere Reform. Der Ausbau von heute ist der Abbau oder die Steuererhöhung von morgen. Zudem belastet er die Bundesfinanzen, da der Bund einen Fünftel der AHV finanziert.

Wie es weitergeht

Mit einem Nein in der Volksabstimmung schaffen wir die Voraussetzung dafür, dass kleinere Pakete vorgelegt werden können, die übersichtlich und nachvollziehbar sind – z. B. die Angleichung des Frauenrentenalters gemeinsam mit einer moderaten Erhöhung der Mehrwertsteuer. Der Mindestumwandlungssatz könnte mit einer hinreichenden Kompensation erfolgen. Nach dem 24. September könnte schnell mit einer neuen Vorlage begonnen werden, die die erwähnten Kriterien erfüllt. Aufgrund meiner langjährigen politischen Erfahrung weiss ich, dass es in der Politik immer Alternativen gibt.

Die Altersvorsorge betrifft uns alle. Es geht um unseren Lebensstandard in der dritten Lebensphase und um ein würdevolles Leben im Alter, nicht um ideologische und parteipolitische Vorstellungen. Die Reform, wie sie jetzt vorliegt, verletzt die Generationengerechtigkeit und schafft eine Zwei-Klassen-AHV.

Altersvorsorge 2020

Die Aushöhlung unserer Sozialwerke ist verantwortungslos

Bundesrat und Parlament waren angetreten, um die Altersvorsorge zu sanieren. Von diesem Ziel ist am Schluss nichts übriggeblieben. Die Mehrheit im Parlament hat davon abgesehen, schwierige Entscheide zu treffen, und wollte lieber die AHV-Renten erhöhen. Ganz nach dem Motto: Statt unbeliebte Sanierungsmassnahmen lieber mit der Giesskanne Geld verteilen. Das geht nicht auf. Die FDP-Fraktion hat sich bis zum Ende für eine finanziell nachhaltige, generationengerechte und solidarische Reform eingesetzt.



Wir fordern:

- ▶ Die Angleichung des Rentenalters für Männer und Frauen auf 65 Jahre. Die mit der Angleichung eingesparten Mittel sollen **vollumfänglich in die AHV fliessen**.
- ▶ Die Möglichkeit für **Geringverdiener, welche sehr früh angefangen haben zu arbeiten, früher pensioniert zu werden**. Dies käme insbesondere Frauen zugute.
- ▶ Die **Abschaffung des Koordinationsabzuges**. Dies ermöglicht Mehrfachbeschäftigten und Teilzeitarbeitenden (insbesondere Frauen) deutlich höhere BVG-Renten.
- ▶ Um die Arbeitsmarktchancen älterer Arbeitssuchender zu verbessern, wollen wir die mit dem Alter ansteigenden **BVG-Lohnabzüge glätten**.
- ▶ Eine AHV-Schuldenbremse als Notnagel, damit die AHV auch in finanziell schwierigen Zeiten gesichert wird.

Der faule CVP/SP-Kompromiss:

- ▶ 2,25 Millionen Rentnerinnen und Rentner werden bestraft: Sie erhalten keine höhere Rente von 70 Franken, müssen aber durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer mehr bezahlen. Nur Neurentner der Übergangsgeneration profitieren von den 70 Franken; **damit wird eine Zwei-Klassen-AHV geschaffen**.
- ▶ **Die 1. und 2. Säule werden vermischt**: Die Senkung des Umwandlungssatzes wird durch höhere Lohnabzüge (AHV und BVG) und eine Erhöhung der AHV-Renten kompensiert. Dies vermischt nicht nur die Säulen: Es schwächt die zweite Säule und ist ein Teil der Salamtaktik der Linken für eine Volkspension und die Abschaffung des BVG.
- ▶ Obwohl die Angleichung des Rentenalters auf 65 Jahre Einsparungen von 1 Milliarde Franken erlaubt, belastet die Erhöhung der Renten um 70 Franken den Haushalt mit dem gleichen Betrag. **Die Sanierungsmassnahme «Angleichung des Rentenalters» verkommt zum Nullsummenspiel**.
- ▶ **Geringverdiener sind die Verlierer**, weil ihnen Ergänzungsleistungen um den gleichen Betrag gekürzt werden. Dadurch können diese ebenfalls ihren Anspruch auf Vergünstigungen verlieren (bspw. Befreiung von der Billag) und müssten mehr Steuern bezahlen.
- ▶ **Die heutigen Jungen bezahlen** die kurzsichtigen politischen Entscheide von heute. Die Reform löst das Grundsatzproblem nicht, dass der Finanzbedarf angesichts der steigenden Lebenserwartung und der Überalterung weiter steigen wird. Gleichzeitig müssen die Jungen mehr Mehrwertsteuer und höhere Lohnprozente bezahlen.
- ▶ **Der Bundesanteil an der AHV erhöht sich um 700 Millionen Franken. Damit belasten die AHV-Erhöhungen das Bundesbudget**: Unter dem Strich fehlen künftig Ressourcen für Sicherheit, Bildung, Kultur. Diese Lücke muss durch neue Steuererhöhungen oder Leistungskürzungen geschlossen werden.

Rückblick

Vielen Dank für Ihren Einsatz!

Liebe Freisinnige

Müsste ich mein erstes Jahr als Präsidentin der FDP. Die Liberalen in zwei Worten zusammenfassen, würde ich sagen: Es fägt! Das liberale Original der Schweizer Politik zu führen, ist anspruchsvoll, aber auch sehr bereichernd. Und vor allem ist es unglaublich motivierend, zu sehen, wie sehr sich unsere Parteibasis und unsere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene für unsere Partei ins Zeug legen. Dafür danke ich Ihnen allen herzlich!

In diesem Jahr haben wir als Partei viele freudige, aber auch den einen oder anderen weniger freudigen Moment erlebt. Ich möchte an dieser Stelle auf mein erstes Amtsjahr zurückblicken und an drei Beispielen aufzeigen, wie ich dieses erlebt habe.

Unternehmenssteuerreform III

Keine Freude habe ich am Abstimmungsresultat zur Unternehmenssteuerreform III. Dieses darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine Reform zwingend nötig ist. Die in der Schweiz tätigen Unternehmen müssen Gewissheit haben, dass ihre Besteuerung international akzeptiert wird. Ich bin überzeugt, dass diese Vorlage eine gute Reform gewesen wäre, denn sie respektierte die Bedürfnisse der Kantone, indem eine individuelle Lösung für jeden Kanton möglich gewesen wäre.

Die neue Vorlage des Bundesrates muss jetzt die rechtsstaatlichen Verfahren durchlaufen und schnellstmöglich dem Parlament vorgelegt werden. Aus unserer Sicht muss sie zwingend zusammen mit den Kantonen, Gemeinden und der Wirtschaft erarbeitet werden. Alles andere führt zu einem erneuten Debakel im Parlament oder an der Urne. Mit einer Lösung, welche die internationale Wettbewerbsfähigkeit untergräbt, oder bei länger dauernder Rechtsunsicherheit drohen Unternehmen abzuwandern und Arbeitsplätze verloren zu gehen.



Petra Gössi

Unter diesen Gesichtspunkten wird die FDP die Vorlage beurteilen.

Umsetzung Masseneinwanderungsinitiative

Mehr Freude bereitet mir die wesentlich von der FDP geprägte und vom

Parlament beschlossene Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Sie steuert die Zuwanderung eigenständig, hält die bilateralen Verträge aufrecht und sichert der Schweiz den Zugang zum Forschungsprogramm Horizon2020. Nationalrat und Stän-

derat haben ihre jeweiligen Konzepte verbunden und optimiert. Damit ist eine Lösung gefunden, die Masseneinwanderungsinitiative im Sinne des Volkswillens umzusetzen, die Bilateralen zu erhalten, dadurch Arbeitsplätze zu sichern und gleichzeitig die Umsetzung wirtschaftsfreundlicher zu gestalten. Kontingente oder ein flächendeckender Inländervorrang hingegen sind die wirklichen bürokratischen Monster. Beides konnte verhindert werden.

Zu Gast bei Ihnen

Am meisten Freude aber habe ich am Austausch mit Ihnen. Zu sehen, wie gross das Engagement ist, wie vielfältig unsere Partei ist und mit wie viel Herzblut Sie sich engagieren, macht mich stolz. Ich habe immer gedacht, ich kenne die Schweiz relativ gut. Auch wenn ich noch nicht überall war, so meinte ich doch, ein einigermaßen vollständiges Bild unseres Landes zu haben. Während der vielen Besuche in den Sektionen, bei Orts- und Kantonalparteien und an den diversen Delegiertenversammlungen der FDP Schweiz merkte ich aber schnell, dass ich noch sehr viel Platz für neue Eindrücke habe. Dabei habe ich enorm geschätzt, zu sehen und zu erleben, wie verbunden Sie mit unserer Partei sind. Auf meiner Tour de Suisse, auf der ich an vielen Abenden und Wochenenden im ganzen Land unterwegs bin, spüre ich, was die Leute bewegt. Den Kontakt zu unserer Basis weiss ich sehr zu schätzen und ich bin froh um die unzähligen Rückmeldungen – ob positiv oder kritisch. Davon profitiere ich, davon profitiert unsere Partei!

Ich freue mich, zusammen mit Ihnen den erfolgreichen Weg der FDP weiterzugehen!

**Ihre Petra Gössi,
Präsidentin FDP.Die Liberalen**

Publikation von alt Bundesrat Kaspar Villiger

«Die Durcheinanderwelt»

Der ehemalige Bundesrat und Unternehmer Kaspar Villiger hat ein neues Buch veröffentlicht: «Die Durcheinanderwelt. Irrwege und Lösungsansätze»*. Villiger legt in einer analytisch ruhigen und stilsicheren Sprache in drei Abschnitten und dem Schlusskapitel «Etüden zur Freiheit» seine liberale Vorstellung einer politischen und wirtschaftlichen Welt von heute dar.

Andreas Iten, alt Ständerat ZG

Im ersten Abschnitt befasst er sich mit der Veränderung der Weltordnung und glaubt, dass sie in eine Weltunordnung umgeschlagen hat. Es zeichnen sich verschiedene Krisen ab. Die moderne Marktwirtschaft gerate unter den Primat der Politik. Das habe fatale Folgen. Er zeigt die Konsequenzen und Auswirkungen der Geldflutung durch die Europäische Zentralbank (EZB) und der Tiefzinspolitik. Die Weltordnung sei gestört durch die Migration, die Umweltbelastung, die Veränderung der Demografie und durch die Dominanz der Interessen über die Werte. Auch die Krise der Europäischen Union sei ein Symptom der Unordnung. Zudem gebe es überall nationalistische Tendenzen und populistische Strömungen, die die demokratischen Werte in Frage stellen. «Wir stellen fest, dass in der Realität Interessen zunehmend wieder höher als ethisch-moralische Bedenken gewichtet werden.»

Im zweiten Abschnitt beschäftigt sich der Autor mit «Blüte und Siechtum von Nationalstaaten». Er skizziert ein Sozialmodell, das vielen Staaten fehlt. «Ein erfolgreiches Sozialmodell enthält ... nicht nur ökonomische, sondern auch soziale Institutionen. Ein leistungsfähiges soziales Sicherheitsnetz erleichtert die ständige Erneuerung der Wirtschaft und macht die Menschen risikobereiter, weil auch Verlierer besser geschützt sind.» Deshalb sei der Sozialstaat ein unverzichtbarer Pfeiler der Marktwirtschaft. Man gewinnt den Eindruck, dass der ehemalige Bundesrat darunter leidet, dass es an Bürgertugenden mangelt. Man wird ihm Recht geben, wenn man das «übersteigerte Besitzstandsdenken» betrachtet, über das er kritisch schreibt. Er lobt das Schweizer Sozialmodell,



Kaspar Villiger

das er bedroht sieht durch Ideologien und Populisten, aber auch durch die Einwanderung. Im Kapitel «Einwanderung: Fluch oder Segen?» untersucht er ihre Auswirkungen.

Im dritten Abschnitt legt er eine Skizze eines neuen Europas vor. Voran steht das Bekenntnis, dass ein starkes Europa im Sog der Weltentwicklung notwendig sei. «... Ein erstarktes politisches Gewicht Europas ist unabdingbar, wenn Frieden und Demokratie in unserer Weltgegend auf Dauer gesichert werden sollen. Um das zu erreichen, bedarf es nun einmal der Europäischen Union, ob man sie mag oder nicht. Vielleicht ist es paradox, aber dieser kritische Aufsatz ist das Plädoyer eines Schweizer EU-Beitrittsgegners für eine erfolgreiche EU.» Da Villiger überzeugende Vorschläge unterbreitet, wie die EU von morgen

aussehen könnte, werden ihm Europa-Politiker Gehör schenken. Er analysiert die Krankheiten der bestehenden EU emotionslos, aber sehr stringent. Er legt eine Skizze vor, wie die Union lebensfähiger werden könnte. Sein Zehnpunkteprogramm zur Revitalisierung der EU ist überzeugend. Mit diesen Empfehlungen unterscheidet er sich von EU-Gegnern, die nichts in der Hand haben als Verunglimpfungen. Sein Denkpuls dürfte in Brüssel auf Interesse stossen.

Villiger wurde 2016 von der Friedrich-Naumann-Stiftung in Deutschland mit dem Friedenspreis ausgezeichnet und hielt in der Frankfurter Paulskirche vor einem grossen Publikum ein viel beachtetes Referat. In den «Etüden zur Freiheit», die das Buch abschliessen, hat der Autor Elemente seiner Dankesrede verarbeitet. Kaspar Villiger sieht

sich darin nicht als abstrakt-philosophischer Denker der Freiheit. Er weiss, dass dieser transzendente Begriff genauso wie Leben, Sinn, Glück u. a. m. nicht abschliessend definiert werden kann. Vielmehr betrachtet er, was Freiheit im Alltag, in der Politik und in der Marktwirtschaft konkret bedeutet. Seine Ausführungen sind glasklar.

Das Buch sei den engagierten und interessierten Staatsbürgern empfohlen. Es klärt die eigene Position, ob links oder rechts, und konfrontiert den Leser mit dem liberalen Standpunkt eines sehr erfahrenen Autors, der sich auch durch weitere staatspolitische Schriften ausgezeichnet hat. Dem Autor geht es um einen funktionierenden Staat und eine selbstbestimmte Bürgerlichkeit. Seine Gedanken kreisen im tiefsten Kern um ein Sozialmodell, das er im Buch ausführlich darstellt. Dieses Modell schildert die Voraussetzungen, die möglich machen, dass der Mensch sein Leben in Selbstverantwortung gestalten kann.

* «Die Durcheinanderwelt. Irrwege und Lösungsansätze», NZZ Libro, 2017

Auszüge der Werke von Kaspar Villiger:

- «Eine Willensnation muss wollen», NZZ Libro, 2009
- «Mit Freiheit und Werten zu Wohlstand», Walter Eucken Institut, Beiträge zur Ordnungstheorie und Politik 178, Mohr Siebeck Verlag, 2012
- «Pendler zwischen Wirtschaft und Politik», Essays und Reden, Stämpfli Verlag, 2014
- «Demokratie und konzeptionelles Denken, Politik im Spannungsfeld von Zwängen, Emotionen und Zufall», NZZ Libro, 2015

Digitalisierung Schule

Auch die Volksschule muss mit dem Fortschritt mitziehen

Die Digitalisierung schreitet in allen Lebensbereichen voran. Es ist deshalb von grösster Wichtigkeit, dass junge Menschen schon früh einen verantwortungsbewussten Umgang mit Technologie und Medien erlernen. Im Rahmen des Lehrplans 21 soll dies integraler Bestandteil der künftigen Lehrpläne werden.

Christoph Eymann, Nationalrat BS, ehem. Regierungsrat und ehem. Präsident der Erziehungsdirektorenkonferenz

Der Lehrplan 21 ist in Deutschschweizer und zweisprachigen Kantonen das nächste grosse bildungspolitische Projekt. Ziel ist es, ein Mindestmass an Harmonisierung zwischen den Lehrplänen von 21 Kantonen zu schaffen. Dies ermöglicht eine gewisse Kohärenz der Schulsysteme. Die Bildung wird denn auch weiterhin eine Kompetenz der Kantone bleiben: Diese können selber entscheiden, wie sie den Lehrplan umsetzen wollen.

Digitalisierung auch in die Schule tragen

Im Rahmen dieser Reform soll künftig das Modul «Information und Medien» neben traditionellen Fächern wie Deutsch und Mathematik als Schulstoff integriert werden. Dies ist wichtig und richtig, zumal Veränderungen in der Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt aufgrund des digitalen Fortschritts vermehrt digitale Kompetenzen verlangen werden. Damit soll Schülerinnen und Schülern selbstständiges und verantwortungsbewusstes Handeln früh übermittelt und lösungsorientiertes Denken gefördert werden.

Fachübergreifendes Lernen ermöglichen

Ziel des Moduls «Information und Medien» ist es, die Entwicklung einer entsprechenden Denkweise zu verstehen und das Verständnis für grundlegende Konzepte der digitalen Technik zu vermitteln. Hierzu werden die drei Bereiche Medien, Informatik und Anwendungskompetenzen im Zentrum des

Lernprozesses stehen. Dies bedeutet, dass der Umgang mit sozialen Medien wie auch das Erlernen von Grundkenntnissen der Programmiersprache zum Unterrichtsstoff gehören sollen. Dies soll fächerübergreifend Anwendung finden: In der Mathematik genauso wie im Deutschunterricht sollen digitale Kompetenzen gefördert werden. Dies stärkt das vernetzte und kritische Denken, wodurch die Schülerinnen und Schüler befähigt werden, Zusammenhänge komplexer Probleme zu verstehen, um diese effizient zu lösen.

Infrastruktur sicherstellen

Für die Integration dieses Moduls in den Schulen kann nicht auf langjährige Erfahrung zurückgegriffen werden. So besteht zum Beispiel ein latenter Mangel an Informatikkenntnissen bei Lehrpersonen. Hier sind insbesondere die Kantone in der Pflicht, die Lehrkräfte auf diesem Weg zu unterstützen. Um den Erfolg dieses Unterrichts sicherzustellen, müssen auch die Schulen die notwendigen Fortbildungskurse für Lehrpersonen anbieten, damit sich diese die notwen-

digen Kenntnisse aneignen können. Ein weiterer Punkt ist die Wahl unterrichtsbegleitender Materialien. Einerseits muss das Lehrmaterial der Entwicklungsstufe der Schülerinnen und Schüler Rechnung tragen: Gymnasiasten brauchen eine andere Software als Primarschüler. Was offensichtlich klingt, ist es nicht unbedingt. Zwar ist das Angebot an Software gross, dennoch mangelt es an ganzheitlicher Software, welche den oben beschriebenen Bedürfnissen des Schulunterrichts Rechnung trägt. Auch gilt es in den Schulen, die notwendige Infrastruktur, wie z. B. technisch angemessen ausgerüstete Klassenzimmer oder Computerräume, sicherzustellen.

Anschluss an andere Staaten nicht verpassen

Staaten wie Indien oder die USA haben bereits angefangen, Schülerinnen und Schülern im frühen Alter den Umgang mit Medien und Informatik beizubringen. Damit positionieren sich diese Länder für die Zukunft günstig. Will die Schweiz den Anschluss nicht verpassen, müssen wir diesem Beispiel folgen. Der Kampf um die klügsten Köpfe ist längst im Gange. Die Integration dieses Moduls ist ein wichtiger Schritt, um den Platz der Schweiz als Innovations- und Forschungsstandort auch in Zukunft zu gewährleisten. Selbstverständlich braucht es auch eine Offensive hinsichtlich der Digitalisierung in der Berufsbildung und bei den Fachhochschulen und Universitäten. In der nächsten Botschaft zu Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Botschaft) ist dies zwingend zu berücksichtigen.



Christoph Eymann

Freisinnige Bildungspolitik 1979–1983

Eine Bildungspolitik gezeichnet von Kontinuität

Wie sah die freisinnige Politik in der Vergangenheit aus? In diesem Beitrag wollen wir Ihnen anhand der Bildungspolitik aufzeigen, welche Positionen die Freisinnigen schon vor rund 40 Jahren vertraten.

Der abgedruckte Text ist Teil der Zielsetzungen der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) für die Jahre 1979–1983, welche von der ordentlichen Delegiertenversammlung vom 20. April 1979 verabschiedet wurde. Im Zentrum der freisinnigen Bildungspolitik der 70er- und 80er-Jahre stand die Chancengleichheit und die Überzeugung, dass jedem Menschen die Möglichkeiten gegeben werden sollen, sein Potenzial auszuschöpfen und seinen Lebensweg selber zu gestalten. Die Freisinnigen waren überzeugt, dass es in der Verantwortung jeder und jedes Einzelnen liegt, als mündige Bürgerin und mündiger Bürger zu handeln. Dabei soll das Bildungssystem sicherstellen, dass jede ihre und jeder seine Fähigkeiten in den Dienst des Gemeinwohls stellt. Letztlich soll sich die Bildungspolitik an den wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Schweiz orientieren. In ihren Grundzügen entsprechen diese Positionen den Überzeugungen der FDP. Die Liberalen heute.

18. Bildung:

OFFENE CHANCEN FÜR ALLE

Einer umfassenden persönlichen Entfaltung des Menschen bietet der liberale Staat die besten Rahmenbedingungen. Demokratie erfordert andererseits den Willen ihrer Bürger zur aktiven Teilnahme am Leben der Gesellschaft und des Staates.

Ziel freisinniger Bildungspolitik ist daher, den Bürgern eine ihren Neigungen und Fähigkeiten entsprechende Bildung und Ausbildung zu ermöglichen und sie zu urteilsfähigen, schöpferischen und verantwortungsbereiten Menschen zu erziehen.

Unabhängig von Herkunft und Geschlecht sollen alle die Chance haben, Begabungen zu entfalten, ihr persönliches Dasein zu gestalten und einen aktiven Beitrag zum gemeinsamen Leben in Gesellschaft und Staat leisten zu können. Bildung und Entfaltung persönlicher Kräfte kann jedoch nicht einfach vermittelt werden, sondern erfordert eine angemessene Eigenleistung.

Jedermann soll seinen Ausbildungsweg auch künftig möglichst nach Eignung und Neigung wählen können. Die Erhaltung und Schaffung einer genügenden Anzahl von Ausbildungsplätzen auf allen Schulstufen sowie in der Wirtschaft ist eine entschiedene Forderung des Freisinns. Ihre Verwirklichung vor allem im Bereich der Berufs- und Hochschulbildung liegt überdies im langfristigen wirtschaftlichen und sozialen Interesse des Landes. Notwendig ist zudem die Anpassung der Studien und Lehrgänge an die heutigen und künftigen Bedürfnisse und Möglichkeiten einer freiheitlichen Gesellschaft. In diesem Zusammenhang kommt der Förderung der Forschung besondere Bedeutung zu.

Grundsätzliche Haltung und heutige Bedingungen erfordern in der Bildungspolitik mehr als je die verfassungsmässige Verankerung sinnvoller Zusammenarbeit und zweckmässiger Aufgabenteilung unter den wichtigsten öffentlichen und privaten Trägern von Schule und Bildung.

Der Bildungspolitik sind aber auch gewisse Grenzen gesetzt, nicht nur in finanzieller Hinsicht. Trotz bester Schulung ist die Erziehung zum mündigen Menschen nicht zuletzt eine Sache der persönlichen Einstellung.

Europapolitik

«Mind the gap»

Liebe Freisinnige

Am 29. März 2017 hat zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich (UK) eine neue Phase begonnen: An diesem Tag traf aus London das Austrittsschreiben der britischen Regierung in Brüssel ein. Nun haben die EU und das UK zwei Jahre Zeit, um ein Abkommen über den Austritt auszuhandeln. Die EU und das UK werden zudem Verhandlungen über das zukünftige Verhältnis führen müssen.

Der Bundesrat hat schon lange zuvor Vorkehrungen getroffen, um die Interessen der Schweiz in diesem offenen Prozess wahren zu können. Denn mögen der Zeitpunkt und der Inhalt des britischen Austrittsschreibens auch im Grossen und Ganzen bekannt gewesen sein – das Ergebnis dieses Prozesses ist noch offen. Und auf viele Fragen gibt es noch keine Antworten. Das betrifft aber nicht nur die EU oder das UK.

Denn der Entscheid der britischen Bevölkerung hat auch Konsequenzen für die Schweiz. Um was es geht, illustrieren die Zahlen der Schweizer Exporte: In eine künftige EU ohne UK würde die Schweiz rund 50 Prozent ihrer Waren ausführen, nach UK rund 5 Prozent. Beides sind wichtige Partner. Der Grossteil der Beziehungen der Schweiz zum UK basiert heute aber auf den bilateralen Abkommen Schweiz–EU.

Verlässt nun das UK die EU, muss verhindert werden, dass im bilateralen Verhältnis zwischen der Schweiz und dem UK Rechtslücken entstehen. Das Land war 2015 mit einem Volumen von 11,7 Mrd. Franken der fünftwichtigste Absatzmarkt für Schweizer Warenexporte und mit einem Umfang von 6,5 Mrd. Franken der achtgrösste Herkunftsmarkt von Schweizer Warenimporten. Das UK ist zudem der sechstgrösste Direktinvestor in der Schweiz. 150 Flugbewegungen finden täglich zwischen der Schweiz und dem UK statt. 41 000 Schweizer Staatsangehörige wohnen im UK und 39 000 britische Staatsangehörige in der



Bundesrat Didier Burkhalter

BILD: MICHAEL STAHL

Schweiz. Diese Beispiele belegen, wie eng und intensiv die bestehenden Beziehungen sind. Sie bieten beiden Partnern Vorteile.

«Mind the gap» heisst deshalb die Strategie, die der Bundesrat im Hinblick auf den EU-Austritt des UK für das künftige bilaterale Verhältnis mit

dem UK verabschiedet hat. Ziel ist es, die bestehenden gegenseitigen Rechte und Pflichten über den Zeitpunkt des EU-Austritts des UK hinaus sicherzustellen und allenfalls auszubauen. Die Ausgangslage wird allerdings dadurch erschwert, dass die EU für die Aus handlung von Handelsverträgen zuständig ist. Das UK – heute noch EU-Mitglied – kann derzeit daher nicht über bilaterale Handelsverträge verhandeln. Diese Situation wird von uns laufend analysiert und wurde bei unseren jüngsten politischen Kontakten in Brüssel, Berlin und Paris thematisiert.

Wer einmal in London mit der «tube» gefahren ist, kennt die Aufforderung «Mind the gap». Damit sollen Passagiere vor der Lücke zwischen Untergrundbahn und Perron gewarnt werden. Um diesen «gap» zu überwinden, ist ein überlegter Schritt nötig – und im Verhältnis zum Vereinigten Königreich hat auch der Bund die nötigen Schritte in die Wege geleitet. Der Bundesrat wird die Verhandlungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU eng verfolgen, um allfällige Konsequenzen auf das zukünftige Verhältnis zwischen der Schweiz und dem UK frühzeitig absehen zu können. Er hat zudem eine Steuerungsgruppe Schweiz/UK unter der Leitung des EDA, der Vertreterinnen und Vertreter des SEM, des SECO, des UVEK, und des SIF angehören, eingesetzt. Diese koordiniert die exploratorischen Gespräche, die mit London aufgenommen wurden, um die Strategie des Bundesrates umzusetzen.

Diese departementsübergreifend konzertierte Strategie wird grundsätzlich unabhängig von der Ausgestaltung der Beziehungen der Schweiz zur EU verfolgt, die für die Schweiz von zentraler Bedeutung sind. Zudem zeigt die Zusammensetzung der Steuerungsgruppe, wie breitgefächert das bilaterale Verhältnis ist. Und es zeigt zugleich, dass die Schweiz ihre Stärken ausspielt: nämlich koordiniert und proaktiv zu handeln.

Ihr Didier Burkhalter, Bundesrat

E-Voting in der Schweiz

Weitere Schritte in die richtige Richtung

Die Einführung eines E-Voting-Systems wäre nicht nur für Auslandschweizerinnen und -schweizer eine willkommene Erleichterung. Auch für die in der Schweiz wohnhafte Stimmbevölkerung käme die elektronische Stimmabgabe einer Erleichterung gleich. Anfang April hat der Bundesrat nun wichtige Schritte eingeleitet, damit die flächendeckende Einführung von E-Voting Gestalt annehmen kann.

Beat Schlatter,
Präsident FDP Service Public

Stellen Sie sich vor, Sie leben als Schweizer in Australien und möchten sich gerne am politischen Meinungsfindungsprozess beteiligen. Als Erstes stehen Sie vor der Herausforderung, online die benötigten Informationen einzuholen. Während Sie auf der deutschen Webseite der Bundesverwaltung die Details zur bevorstehenden Abstimmung über das Energiegesetz auf der Startseite finden, müssen Sie auf der englischen Seite erst den Link zu den «Popular votes» finden, bevor Sie sich über die Vorlage informieren können. Man mag dies nun als nicht so wichtig erachten, geht man schliesslich davon aus, dass Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer einer der Sprachen ihrer Heimat noch mächtig sind. Doch gerade die Kinder von Schweizern im Ausland sprechen oft nur noch Englisch und stehen somit schon vor weiteren Hürden, um sich in den demokratischen Prozess einzubringen.

Langwieriger Prozess

Bleiben wir bei unserem Beispiel der Auslandschweizer-Familie in Australien. Sofern diese Familie die Informationen – in welcher Sprache auch immer – gefunden hat, beginnt nun für sie der lange Prozess der Stimmabgabe. Grundsätzlich unterscheidet sich dieser Prozess nicht von der Art und Weise, wie im Berner Oberland oder im Kreis 5 in Zürich abgestimmt wird. Mit dem kleinen Unterschied, dass ein Brief von Australien nun halt mal einfach länger hat, bis er in der Schweiz ankommt. Je nach Kanton, in welchem der Auslandschweizer gemeldet ist, darf dieser das Stimmcouvert dann noch frankieren.

Wer kennt denn heute noch Briefmarken?

Das Briefmarkenproblem betrifft selbstverständlich nicht nur Stimmberechtigte, die im Ausland wohnen. Für viele Personen der jüngeren Generation sind Briefmarken schlicht etwas, das nicht mehr zu ihrem Alltag gehört. Sie erledigen heute das Meiste online und im digitalen Bereich. Der Medienbruch beim Abstimmen

flächendenkend die Möglichkeit, im Internet ihre Stimme abzugeben.

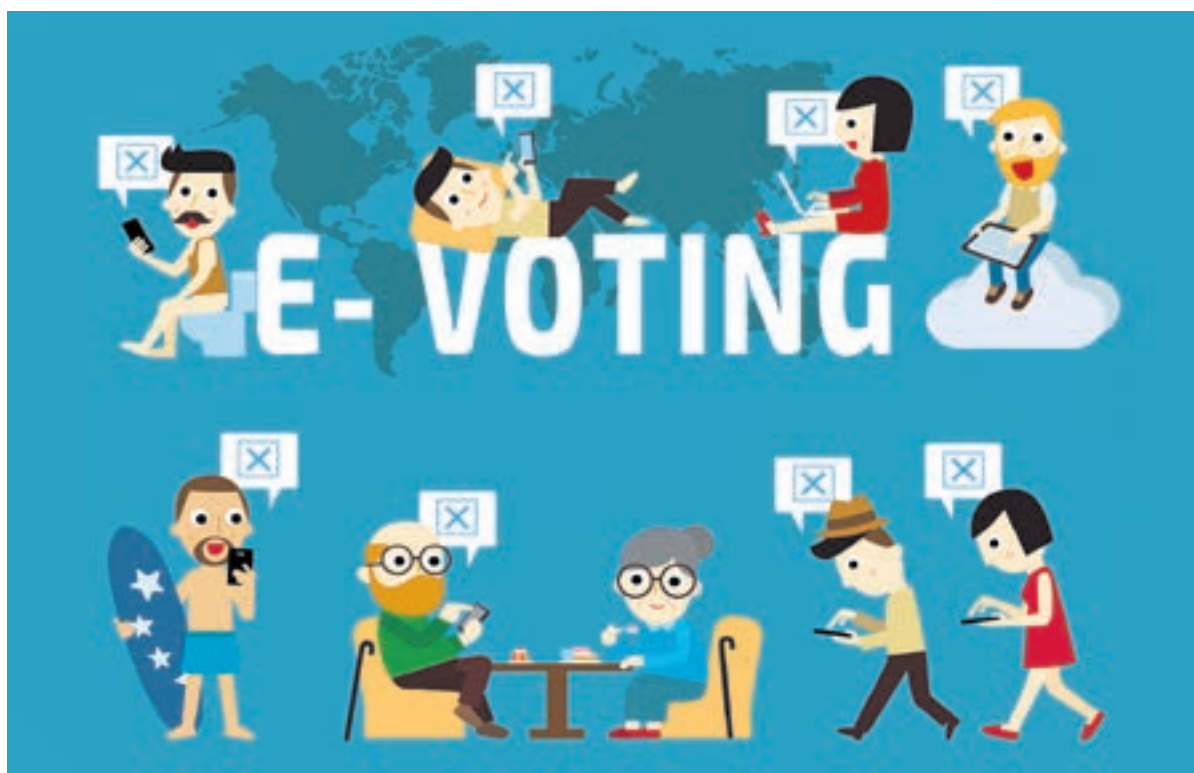
Der Bundesrat stellt die Weichen richtig

Anfang April hat der Bundesrat beschlossen, die nächsten Schritte zur flächendeckenden Einführung der elektronischen Stimmabgabe umzusetzen. So will er die bisherige Versuchsphase in den ordentlichen Be-

prozesses der Stimmabgabe könnte auf die Zustellung physischer Dokumente (Stimm- und Wahlzettel, Stimmausweis und -couvert, Erläuterungen) gänzlich verzichten werden.

Digitalisierung als Kernelement liberaler Forderungen

Innerhalb der FDP setzt sich die Gruppierung Service Public stark für einen schlanken Staat ein. Die Digi-



E-Voting macht allen und überall Abstimmen und Wählen zugänglich.

findet für jüngere Leute also nicht nur statt, indem sie handschriftlich ein Dokument ausfüllen müssen, sondern, dass sie dieses – zumindest in gewissen Kantonen – auch noch frankieren müssen. Hier besteht die Hoffnung und Erwartung, dass sich junge Leute intensiver am politischen Geschehen beteiligen würden, hätten sie

trieb überführen. «Künftig soll das elektronische Stimmen und Wählen als gleichwertiger Kanal neben der Urne und der brieflichen Stimmabgabe etabliert werden», wie der Bundesrat schreibt. Ebenfalls hat die Regierung beschlossen, Schritte zur papierlosen Stimmabgabe anzugehen. Durch die komplette Digitalisierung des

talisation von Abläufen zwischen Bevölkerung und Bund ist dabei ein zentrales Anliegen. Gerade Bundesangestellte erleben die vielen bürokratischen Leerläufe und komplizierten Vorgehensweisen an vorderster Front und sind daher bestrebt, eine möglichst bürgernahe und einfache Verwaltung zu ermöglichen.

FDP

Die Liberalen

SAVE THE DATE

Tag der FDP

2. September 2017

10:30 – 16:00 Uhr

Strand von Auvernier, NE

- Geniessen Sie einen spannenden Tag voller Erlebnisse am Ufer des Neuenburgersees.
- Es erwartet Sie ein abwechslungsreicher Event für die ganze Familie.

Die Einladung erhalten Sie bald per Post.



Freiheit



Gemeinsinn



Fortschritt